

Regierungspräsidium Freiburg, Abteilung 9 · 79095 Freiburg i. Br.

**per E-Mail**

Gemeinde Grünkraut  
Scherzachstraße 2  
88287 Grünkraut  
andreas.hermann@gruenkraut.de

Sieber Consult GmbH  
Am Schönbühl 1  
88131 Lindau (B)

**Landesamt für Geologie, Rohstoffe und  
Bergbau**

Referat 91 - Geowissenschaftliches Landesservicezentrum

Name:  
Telefon:  
E-Mail:

Geschäftszeichen: RPF9-4700-140/96/2  
(bei Antwort bitte angeben)

Datum: 10.09.2025

**Bebauungsplan "Neubau Feuerwehrhaus und gemeinsamer Bauhof"  
und die örtlichen Bauvorschriften hierzu, Gemeinde Grünkraut;  
hier: Frühzeitige Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch  
(BauGB)**

Ihr Schreiben vom 12.08.2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Beteiligung am oben genannten Planungsvorhaben.

Das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB) im Regierungspräsidium Freiburg nimmt auf Grundlage der ihm vorliegenden Informationen und seiner regionalen Kenntnisse zu den Aufgabenbereichen, die durch das Vorhaben berührt werden, wie folgt Stellung:

## **1. Geologische und bodenkundliche Grundlagen**

### **1.1. Geologie**

Im Plangebiet liegt eine Überdeckung aus der quartären Lockergesteinseinheit "Tettnang-Subformation" vor. Darüber hinaus ist die Festgesteinseinheit "Obere Süßwassermolasse" im Untergrund zu erwarten.

Die lokalen geologischen Verhältnisse können der digitalen Geologischen Karte von Baden-Württemberg 1 : 50 000 (GeoLa) im [LGRB-Kartenviewer](#) entnommen werden.

Nähere Informationen zu den lithostratigraphischen Einheiten bieten die geowissenschaftlichen Informationsportale [LGRBwissen](#) und [LithoLex](#).

## 1.2. Geochemie

Die geogenen Grundgehalte in den petrogeochemischen Einheiten von Baden-Württemberg sind im [LGRB-Kartenviewer](#) abrufbar. Nähere Informationen zu den geogenen Grundgehalten sind im geowissenschaftlichen Informationsportal [LGRBwissen](#) beschrieben.

## 1.3. Bodenkunde

Die bodenkundlichen Verhältnisse sowie Bewertungen der natürlichen Bodenfunktionen nach § 2 Abs. 2 Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) können in Form der [Bodenkundlichen Karte 1: 50 000](#) (GeoLa BK50) eingesehen werden. Des Weiteren sollte vorrangig die [Bodenfunktionsbewertung auf Grundlage der Bodenschätzungsdaten](#) verwendet werden, da diese im Vergleich zur BK50 lokale Bodeneigenschaften abbilden. Sollte für das Plangebiet keine Bodenfunktionsbewertung nach digitaler Bodenschätzung vorliegen, ist die Bodenfunktionsbewertung nach ALK und ALB heranzuziehen.

Generell ist bei Planungsvorhaben entsprechend § 2 Abs. 1 Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetz (LBodSchAG) auf den sparsamen und schonenden Umgang mit Boden zu achten.

Zusätzlich der Hinweis, dass nach § 2 Abs. 3 Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetz (LBodSchAG) bei geplanten Vorhaben, die auf nicht versiegelte, nicht baulich veränderte oder unbebaute Flächen von mehr als 0,5 Hektar einwirken werden, ein Bodenschutzkonzept zur Gewährleistung des sparsamen, schonenden und haushälterischen Umgangs mit dem Boden im Rahmen der weiteren Vorhabensplanung bzw. -durchführung zu erstellen ist. Eine Erstellung des Bodenschutzkonzepts nach DIN 19639 wird dringend empfohlen.

Sollten bei dem vorliegenden Bauvorhaben mehr als 500 m<sup>3</sup> Bodenüberschussmassen entstehen, so ist bei dem nach § 3 Abs. 4 Landes-Kreislaufwirtschaftsgesetz (LKreiWiG) geforderten Abfallverwertungskonzept auf eine höchstmögliche Verwertung nach § 3 Abs. 2 LKreiWiG zu achten, um so die Bodenfunktionen im größtmöglichen Umfang zu erhalten.

Mit der zuständigen Unteren Bodenschutzbehörde sollte abgestimmt werden, welche konkreten bodenschutzfachlichen Vorgaben umzusetzen sind.

## **2. Angewandte Geologie**

Das LGRB weist darauf hin, dass im Anhörungsverfahren als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt. Sofern für das Plangebiet ein hydrogeologisches bzw. geotechnisches Übersichtsgutachten, Detailgutachten oder ein hydrogeologischer bzw. geotechnischer Bericht vorliegt, liegen die darin getroffenen Aussagen im Verantwortungsbereich des gutachtenden Ingenieurbüros.

### **2.1. Ingenieurgeologie**

Eine Zulässigkeit der geplanten Nutzung vorausgesetzt, wird die Übernahme der folgenden geotechnischen Hinweise in den Bebauungsplan empfohlen:

Mit einem oberflächennahen saisonalen Schwinden (bei Austrocknung) und Quellen (bei Wiederbefeuchtung) des tonigen/tonig-schluffigen Verwitterungsbodens ist zu rechnen.

Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizonts, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen.

### **2.2. Hydrogeologie**

Auf die Lage des Planvorhabens in Schutzzone IIIB des festgesetzten Wasserschutzbereiches „Flappachquellen“ (LUBW Nr.: 436 072) wird in den Antragsunterlagen hingewiesen.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass im Falle einer Überarbeitung des Wasserschutzbereiches die Planfläche innerhalb einer sensibleren Schutzzone (IIIA) zu liegen kommt.

Aktuell findet im Plangebiet keine Bearbeitung hydrogeologischer Themen durch das LGRB statt.

### 2.3. Geothermie

Informationen zu den oberflächennahen geothermischen Untergrundverhältnissen sind im Informationssystem „Oberflächennahe Geothermie für Baden-Württemberg“ ([ISONG](#)) hinterlegt. ISONG liefert erste Informationen (Möglichkeiten und Einschränkungen) zur geothermischen Nutzung des Untergrundes mit Erdwärmesonden und Erdwärmekollektoren. Bitte nehmen Sie vor Verwendung des Informationssystems die Erläuterungen zur Kenntnis.

### 2.4. Rohstoffgeologie (Mineralische Rohstoffe)

Zum Planungsvorhaben sind aus rohstoffgeologischer Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzubringen.

## 3. **Landesbergdirektion**

### 3.1. Bergbau

Die Planung liegt nicht in einem aktuellen Bergbaugebiet.

Nach den beim Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau vorliegenden Unterlagen ist das Plangebiet nicht von Altbergbau oder künstlich geschaffenen Althohlräumen (bspw. Stollen, Bunker, unterirdische Keller) betroffen.

## **Allgemeine Hinweise**

### Anzeige, Übermittlung und Bereitstellung von Geologie-Daten nach Geologiedatengesetz (GeolDG)

Für geologische Untersuchungen und die daraus gewonnenen Daten besteht nach den Bestimmungen des Geologiedatengesetzes (GeolDG) eine Übermittlungspflicht gegenüber dem LGRB. Weitere Informationen hierzu stehen Ihnen im [LGRBanzeigeportal](#) zur Verfügung.



## Weitere Informationsquellen des LGRB im Internet

Informationen zu den Untergrundverhältnissen sowie weitere raumbezogene Informationen können fachübergreifend und maßstabsabhängig der [LGRBhomepage](#) entnommen werden. Bitte nutzen Sie hierzu auch den [LGRB-Kartenviewer](#) sowie [LGRBwissen](#).

Insbesondere verweisen wir auf unser [Geotop-Kataster](#).

Beachten Sie bitte auch unser aktuelles [Merkblatt für Planungsträger](#).

Mit freundlichen Grüßen



Informationen zum Schutz personenbezogener Daten finden Sie auf unserer Internetseite Datenschutzerklärungen unter dem Titel: [9-01F: Allgemeine Datenschutzerklärung des LGRB \(pdf, 182 KB\)](#)

Auf Wunsch werden diese Informationen in Papierform versandt.




# Baden-Württemberg

REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN

Regierungspräsidium Tübingen · Postfach 26 66 · 72016 Tübingen

Gemeinde Grünkraut  
[REDACTED]  
Scherzachstraße 2  
88287 Grünkraut

Tübingen 02.09.2025  
Name [REDACTED]  
Durchwahl [REDACTED]  
Aktenzeichen RPT0210-2434-143/5  
(Bitte bei Antwort angeben)

 Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an Bauleitplanverfahren und vergleichbaren Satzungsverfahren (§ 4 Abs. 1 Baugesetzbuch)  
Schreiben des Büros Sieber Consult GmbH vom 12.08.2025

## A. Allgemeine Angaben

### Gemeinde Grünkraut

- ☐ Flächennutzungsplan
- ☒ Bebauungsplan „**Neubau Feuerwehrhaus und gemeinsamer Bauhof**“
- ☐ Vorhaben- und Erschließungsplan
- ☐ sonstige Satzung

## B. Stellungnahme

- ☐ Keine Äußerung.
- ☒ Fachliche Stellungnahmen siehe Seite 2.

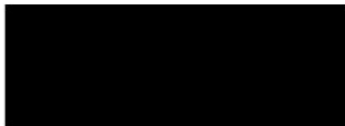
## **I. Raumordnung**

Nach den vorgelegten Unterlagen bestehen gegen die geplante Bebauung keine Bedenken.

## **II. Landwirtschaft**

Im Änderungsbereich werden ca. 1 ha landwirtschaftliche Fläche überplant. Es handelt sich um Dauergrünland, das in der Flurbilanz der Vorbehaltsflur I zugeordnet ist. Dabei handelt es sich um landbauwürdige Flächen die der landwirtschaftlichen Nutzung vorzubehalten sind.

Die Flächen sind im rechtskräftigen Flächennutzungsplan bereits als Flächen für Gemeinbedarf dargestellt, daher können die agrarstrukturellen Bedenken wegen der Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen zurückgestellt werden.



Gemeinde Grünkraut  
Scherzachstr. 2  
88287 Grünkraut

**Landesamt für Denkmalpflege**

Name:

Telefon:

E-Mail:

Geschäftszeichen: RPS83-1-255-24/346/2

(bei Antwort bitte angeben)

Datum: 20.08.2025

## **RV, Grünkraut, Grünkraut, BPL "Neubau Feuerwehrhaus und gemeinsamer Bauhof"**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Beteiligung des Landesamtes für Denkmalpflege im Rahmen der Anhörung der Träger öffentlicher Belange.

### **1. Bau- und Kunstdenkmalpflege:**

Bezüglich des genannten Verfahrens äußert die Bau- und Kunstdenkmalpflege keine Anregungen oder Bedenken.

### **2. Archäologische Denkmalpflege:**

Aus denkmalfachlicher Sicht bestehen zu der Planung in vorliegender Form keine Bedenken. Archäologische Kulturdenkmale sind entweder nicht betroffen oder wegen der Geringfügigkeit der zu erwartenden Bodeneingriffe nicht gefährdet.

Seitens der Archäologischen Denkmalpflege bitten wir um Berücksichtigung der Regelungen der §§ 20 und 27 DSchG:

Sollten bei der Durchführung vorgesehener Erdarbeiten archäologische Funde oder Befunde entdeckt werden, ist dies gemäß § 20 DSchG umgehend einer Denkmalschutzbehörde oder der

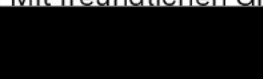


Gemeinde anzuzeigen. Archäologische Funde (Steinwerkzeuge, Metallteile, Keramikreste, Knochen, etc.) oder Befunde (Gräber, Mauerreste, Brandschichten, auffällige Erdverfärbungen, etc.) sind bis zum Ablauf des vierten Werktages nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten, sofern nicht die Denkmalschutzbehörde mit einer Verkürzung der Frist einverstanden ist. Zuwiderhandlungen werden gem. §27 DSchG als Ordnungswidrigkeiten geahndet. Bei der Sicherung und Dokumentation archäologischer Substanz ist zumindest mit kurzfristigen Leerzeiten im Bauablauf zu rechnen. Ausführende Baufirmen sollten hierüber schriftlich in Kenntnis gesetzt werden.

Wir bitten diesen Hinweis in die Planunterlagen, sofern nicht bereits enthalten, zu übernehmen.

Mit Rückfragen wenden Sie sich bitte an [ToeB-BeteiligungLAD@rps.bwl.de](mailto:ToeB-BeteiligungLAD@rps.bwl.de)

Mit freundlichen Grüßen,



#### **Datenschutzhinweise**

Informationen zum Schutz personenbezogener Daten, welche die Regierungspräsidien Baden-Württemberg verarbeiten, erhalten Sie im Internet unter:

<https://rp.baden-wuerttemberg.de/datenschutzerklaerungen-der-regierungspraesidien-b-w/>  
oder postalisch auf Anfrage.

Gemeinde Grünkraut  
Scherzachstr. 2  
88287 Grünkraut

**Landesamt für Denkmalpflege**

Name:

Telefon:

E-Mail:

Geschäftszeichen: RPS83-1-255-24/346/2

(bei Antwort bitte angeben)

Datum: 20.08.2025

## **RV, Grünkraut, Grünkraut, BPL "Neubau Feuerwehrhaus und gemeinsamer Bauhof"**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Beteiligung des Landesamtes für Denkmalpflege im Rahmen der Anhörung der Träger öffentlicher Belange.

### **1. Bau- und Kunstdenkmalpflege:**

Bezüglich des genannten Verfahrens äußert die Bau- und Kunstdenkmalpflege keine Anregungen oder Bedenken.

### **2. Archäologische Denkmalpflege:**

Aus denkmalfachlicher Sicht bestehen zu der Planung in vorliegender Form keine Bedenken. Archäologische Kulturdenkmale sind entweder nicht betroffen oder wegen der Geringfügigkeit der zu erwartenden Bodeneingriffe nicht gefährdet.

Seitens der Archäologischen Denkmalpflege bitten wir um Berücksichtigung der Regelungen der §§ 20 und 27 DSchG:

Sollten bei der Durchführung vorgesehener Erdarbeiten archäologische Funde oder Befunde entdeckt werden, ist dies gemäß § 20 DSchG umgehend einer Denkmalschutzbehörde oder der

Gemeinde anzuzeigen. Archäologische Funde (Steinwerkzeuge, Metallteile, Keramikreste, Knochen, etc.) oder Befunde (Gräber, Mauerreste, Brandschichten, auffällige Erdverfärbungen, etc.) sind bis zum Ablauf des vierten Werktages nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten, sofern nicht die Denkmalschutzbehörde mit einer Verkürzung der Frist einverstanden ist. Zuwiderhandlungen werden gem. §27 DSchG als Ordnungswidrigkeiten geahndet. Bei der Sicherung und Dokumentation archäologischer Substanz ist zumindest mit kurzfristigen Leerzeiten im Bauablauf zu rechnen. Ausführende Baufirmen sollten hierüber schriftlich in Kenntnis gesetzt werden.

Wir bitten diesen Hinweis in die Planunterlagen, sofern nicht bereits enthalten, zu übernehmen.

Mit Rückfragen wenden Sie sich bitte an [ToeB-BeteiligungLAD@rps.bwl.de](mailto:ToeB-BeteiligungLAD@rps.bwl.de)

Mit freundlichen Grüßen,



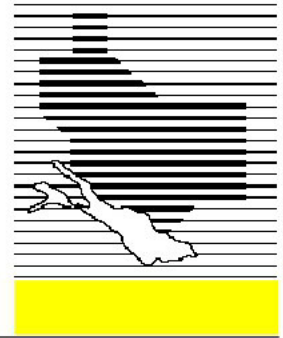
#### **Datenschutzhinweise**

Informationen zum Schutz personenbezogener Daten, welche die Regierungspräsidien Baden-Württemberg verarbeiten, erhalten Sie im Internet unter:

<https://rp.baden-wuerttemberg.de/datenschutzerklaerungen-der-regierungspraesidien-b-w/>  
oder postalisch auf Anfrage.

# Regionalverband Bodensee-Oberschwaben

Körperschaft des öffentlichen Rechts



Regionalverband Bodensee-Oberschwaben 88214 Ravensburg

Gemeinde Grünkraut

Scherzachstr. 2

88287 Grünkraut

Hirschgraben 2  
88214 Ravensburg

Ihr Schreiben vom

12.08.2025

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Datum

15.08.2025

**Bebauungsplan „Neubau Feuerwehrhaus und gemeinsamer Bauhof“ und die örtlichen Bauvorschriften, Gemeinde Grünkraut**

**hier: Frühzeitige Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB**

Sehr geehrter Herr

wir verweisen auf unsere Stellungnahme zur 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes des Gemeindeverwaltungsverbands Gullen im Bereich „Bauhof Feuerwehrhaus“ vom 06.02.2025. Der Regionalverband bringt keine Bedenken zum o.g. Bebauungsplanverfahren vor.

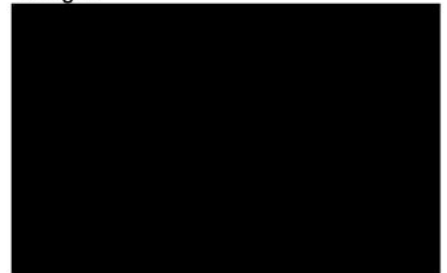
Mit freundlichen Grüßen



Landratsamt Ravensburg, Postfach 19 40, 88189 Ravensburg

Gemeinde Grünkraut  
Scherzachstraße 2  
88287 Grünkraut

Bau- und Umweltamt  
Bauleitplanung, Klimaschutz und erneuerb.  
Energien



Aktenzeichen: BLP/0996/19/401-621.41-F2

Ihr Schreiben vom/AZ:

Datum: 15.09.2025

## Bebauungsplan „Neubau Feuerwehrhaus und gemeinsamer Bauhof“ und die örtlichen Bauvorschriften hierzu, Grünkraut

### Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

### Koordinierte Stellungnahme Landratsamt Ravensburg zu folgenden Belangen

#### A. Bauleitplanung

##### Dokumentation der Änderungen bei erneuter Vorlage

Bei erneuter Vorlage von Planungsunterlagen sollten Veränderungen gegenüber der bisherigen Planung deutlich gekennzeichnet sein (z.B. als Liste der Planungsänderungen mit Verlinkung zu den entsprechenden Planunterlagen; Kennzeichnung im Dateinamen, farbliche Markierung im Text).

#### B. ÖPNV, Landwirtschaft, Vermessung/Flurbereinigung

[X] keine Anregungen

#### C. Gewerbeaufsicht

Die Untersuchungen zum Lärm aus 2020 sind ausreichend um zu zeigen, dass der Lärm weit unter den zulässigen Werten liegt.

#### D. Grundwasser

Der Planbereich liegt innerhalb der Schutzzone IIIB des festgesetzten Wasserschutzgebietes Flappachquellen. Festgesetzte Wasserschutzgebiete sollen in den Bebauungsplan nachrichtlich übernommen wer-

den (§ 9 Abs. 6 BauGB). In den Festsetzungen ist auf die Bestimmungen der Rechtsverordnung des Landratsamtes Ravensburg vom 30.01.1997 hinzuweisen.

Auf die „Erläuterungen und Hinweise für das Bauleitplanverfahren Landkreis Ravensburg“, Grundwasser wird verwiesen.

## **E. Oberflächengewässer**

### **1. Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können, mit Rechtgrundlage.**

#### Oberirdische Gewässerläufe

Im Plangebiet befinden sich keine oberirdischen Gewässerläufe.

#### Überschwemmungsgebiet/Risikogebiet

Das Plangebiet befindet sich anhand der Hochwassergefahrenkarte außerhalb eines Überschwemmungsgebietes nach § 76 WHG (Wasserhaushaltsgesetz) sowie eines Risikogebietes nach 78 b WHG.

Weitere Belange des Sachgebiets Oberflächengewässer sind aus den beigelegten Erläuterungen und Hinweise für die Bauleitplanung zu entnehmen und im weiteren Bebauungsplanverfahren zu berücksichtigen.

## **F. Abwasser**

### **Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können, mit Rechtsgrundlage**

Da zur Entwässerung keine Aussagen getroffen wurden, ist der § 55 Abs. 2 WHG zu beachten. Gemäß § 55 Abs. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes sollte das Niederschlagswasser ortsnahe versickert, verrieselt oder direkt über eine Kanalisation ohne Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden, soweit dem weder wasserrechtliche noch sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften noch wasserwirtschaftliche Belange entgegenstehen. Maßgebend hierzu ist die Verordnung des Umweltministeriums über die dezentrale Beseitigung von Niederschlagswasser vom 22. März 1999.

Es wird dabei empfohlen, zunächst den vorhandenen Untergrund auf seine Versickerungsfähigkeit hin zu untersuchen bzw. die Möglichkeit der Ableitung in den Vorfluter zu prüfen.

Die Versickerung bzw. Einleitung des Niederschlagswassers von Dach- und Hofflächen des Bauhofes und der Feuerwehr bedarf einer wasserrechtlichen Erlaubnis. Im späteren Baugenehmigungsverfahren müssen die Flächen auf denen mit Verschmutzung des anfallenden Niederschlagswassers zu rechnen ist (Umschlag-, Waschplätze), ausgewiesen und über die SW-Leitungen erschlossen werden. Es muss überprüft werden, ob eine Vorbehandlung des Niederschlagswassers erforderlich ist. DWA A102-1

Bauhof und Feuerwehr dürfen nur dann gebaut werden, wenn die schadlose Beseitigung des anfallenden Schmutz- und Niederschlagswassers gewährleistet ist (z.B. durch ausreichend dimensionierte MW/SW-Leitungen)

Im Übrigen wird auf die „Erläuterungen und Hinweise für das Bauleitplanverfahren Landkreis Ravensburg“, Abwasser verwiesen.

Für das Baugebiet ist eine Entwässerungskonzeption zu erstellen und frühzeitig mit der Unteren Wasserbehörde abzustimmen.

## G. Naturschutz

### 1. Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können, mit Rechtsgrundlage

#### 1.1 Umweltprüfung / Umweltbericht/Streuobst/Artenschutz, §§ 2 Abs. 4 BauGB; §44 BNatSchG, § 33a NatSchG

Die Belange des Umweltschutzes sind im Rahmen einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB zu ermitteln und im Umweltbericht nach § 2a BauGB einschließlich einer Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung darzustellen.

##### a) Streuobst, § 33a NatSchG

Auf der Planfläche besteht ein Streuobstbestand und die Umwandlungsgenehmigung nach § 33a Abs. 3 NatSchG wurde mit Entscheidung vom 12.11.2024 (AZ:403-364.521) der Gemeinde Grünkraut erteilt. Rechtlich ist im Umweltbericht vom Ist-Zustand (mit Streuobst) auszugehen, da die Bäume noch bestehen.

Im Umweltbericht ist der Sachverhalt, die Schutzfunktion sowie die Konfliktlösung zum Streuobstbestand nachvollziehbar darzulegen.

Die in der Umwandlungsgenehmigung genannten Auflagen zu den Ersatz-/Ausgleichsmaßnahmen (vgl. Ziff. I., 1 – 3a-i) sind insgesamt textlich und kartographisch darstellen. Dazu gehören auch die artenschutzrechtlichen Ersatzmaßnahmen (Nisthilfen), die im Zuge der Umwandlungsgenehmigung festgelegt und umzusetzen sind.

Die Gemeinde muss Eigentümerin der betreffenden Flächen bzw. zu deren Nutzung dinglich berechtigt sein. Es wird gebeten, bzgl. der Umsetzung der o.g. Maßnahmen auch die Verfügungs- oder Nutzungsbefugnis zu Gunsten der Gemeinde (z.B. Verträge, Grundbuch...) in der Begründung darzulegen. Dies ist zur Nachvollziehbarkeit der Wirksamkeit der Maßnahmen sinnvoll und notwendig.

##### b) Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung, § 1 a BauGB

Im Umweltbericht sind die im Zuge der Bebauungsplanung vorgesehenen Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild darzustellen und entsprechende Kompensationsmaßnahmen vorzusehen. Dies ist unter der Anwendung des gemeinsamen Bewertungsmodell der Landkreise Bodenseekreis, Ravensburg und Sigmaringen zu bilanzieren.

Die im Zuge der Streuobstumwandlung festgelegten Ausgleichsmaßnahmen (u.a. Neupflanzung, extensives Grünland) können dabei kompensierend Berücksichtigung finden.

##### c) Artenschutz, § 44 BNatSchG

Für die abschließende artenschutzrechtliche Bewertung des vorliegenden Bebauungsplanes sind die Grundlagenangaben aus dem Artenschutzgutachten vom 18.12.20 (=Grundlage der Umwandlungsgenehmigung) sowie die artenschutzrechtlichen Erhebungen zu Fledermäusen aus dem Gutachten zum Bauvorhaben im Bereich des westlich angrenzenden Umspannwerks von 2022 heranzuziehen. Soweit seitdem Änderungen eingetreten sind oder sich zeitliche Lücken ergeben, sind aktuelle ergänzende Untersuchungen (insbesondere Vegetations- und Brutvogel-/Fledermaus-Checks) durchzuführen.

## H. Forst

Vom Bebauungsplan "Neubau Feuerwehrhaus und gemeinsamer Bauhof", Gemarkung Grünkraut, ist kein Wald im Sinne von § 2 LWaldG betroffen. Eine indirekte Betroffenheit von Waldflächen durch den in der LBO § 4 Abs. 3 festgelegten Waldabstand ist ebenfalls nicht erkennbar. Forstrechtliche Belange sind daher nicht berührt.

## I. Verkehr

Die Zu- und Ausfahrt von und zur K 7982 des Bauhofs muss so gestaltet werden, dass ein Fahrzeug-Begegnungsverkehr möglich ist.

Die Feuerwehrezufahrt muss so gestaltet werden, dass ein Feuerwehrfahrzeug diese befahren kann. Hierzu sind die entsprechenden Schleppkurven im Bereich der vorgesehenen Stellplätze zu berücksichtigen.

Die Vorgaben der Richtlinien für passiven Schutz an Straßen durch Fahrzeug-Rückhaltesysteme (RPS) müssen eingehalten werden (insbesondere bei Bepflanzungen muss hierauf geachtet werden).

Die zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit erforderlichen Ausfahrt-Sichtdreiecke bei der Erschließung der beiden neuen Ausfahrten in die bevorrechtigte K 7982 sind nach der RAL2012 / RAST06 dauerhaft zu gewährleisten und von allen Anpflanzungen, Stapeln, Zäunen, Erdwällen und dergleichen (auch Stellplätze) von ständigen Sichthindernissen und sichtbehinderndem Bewuchs zwischen 0,80 m und 2,50 m Höhe über der Fahrbahnoberkante freizuhalten. Die entsprechenden Ausfahrt-Sichtdreiecke sind in den Planunterlagen einzuzeichnen.

Es sollte geprüft werden, ob eine fußläufige Anbindung des Bauhofes / Feuerwehrhauses an die Ortsmitte Grünkraut notwendig ist.

## J. Straßenrecht

### 1. Rechtliche Vorgaben aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall nicht überwunden werden können

Das Plangebiet befindet sich im Zuge der K7982, außerhalb der zur Erschließung bestimmten Teile einer Ortsdurchfahrt.

Es sind die Vorgaben des § 22 Straßengesetz zu beachten.

#### Art der Vorgabe

Außerhalb des Erschließungsbereiches von Kreisstraßen besteht in einem Abstand bis 15 m vom Fahrbahnrand ein Anbauverbot für Hochbauten und bauliche Anlagen, sowie für Werbeanlagen. Bis 30 m bei Kreisstraßen dürfen bauliche Anlagen und Werbeanlagen nur mit Zustimmung der Straßenbauverwaltung errichtet werden. Diese im Verkehrsinteresse bestehende Vorgabe ist im Grundsatz auch bei der Aufstellung des Planverfahrens zu beachten.

#### Straßenanschluss

Außerhalb des Erschließungsbereiches von Kreisstraßen ist die Anlegung neuer Zufahrten im Interesse des überörtlichen Verkehrs grundsätzlich ausgeschlossen. Eine dies nicht berücksichtigende Planung würde der Zweckbestimmung der überörtlichen Straße nicht Rechnung tragen.

Um die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf den Straßen des überörtlichen Verkehrs weiterhin zu gewährleisten bzw. zu erhöhen und um Zufahrten und Knotenpunkte rechtzeitig erkennbar und übersichtlich zu gestalten, sind an Zufahrten zur Kreisstraße ausreichende Sichtfelder vorzuhalten, welche in der Planunterlage des Büros Sieber Consult GmbH bzw. des Büros Markus Corazza, „Neubau eines Bauhofgebäudes für den interkommunalen Bauhof der Gemeinden Grünkraut und Bodnegg sowie eines Feuerwehrhauses der Gemeinde Grünkraut“ vom 28.05.2025 (Machbarkeitsstudie) bislang **nicht** berücksichtigt wurden. Außerdem sind im Interesse der Verkehrssicherheit überall dort wo es sich ermöglichen



lässt, Zugänge und Zufahrten zu anliegenden Grundstücken durch Schließung, Zusammenlegung oder durch Schaffung rückwärtiger Erschließungsmöglichkeiten zu reduzieren.

### Rechtsgrundlage

Straßengesetz Baden-Württemberg (StrG BW) § 22 Abs. 1 und 2

#### **1.1 Möglichkeiten der Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)**

In Anlehnung an § 22 StrG ist es möglich, in bestimmten Fällen Ausnahmen und Befreiungen zuzulassen, wenn die verkehrlichen Belange dies zulassen.

So wie in § 22 StrG BW in bestimmten Fällen Ausnahmen vom Anbauverbot bzw. eine Zustimmung für die Genehmigung möglich ist, kann, wenn die verkehrlichen Belange dies zulassen, im Einzelfall im Einvernehmen mit der Straßenbauverwaltung durch einen Bebauungsplan eine nähere Bebauung zugelassen werden.

Sofern das Einvernehmen mit der Straßenbauverwaltung nicht zustande kommt, gelten die Anbaubeschränkungen gemäß § 22 Abs. 1 StrG BW ungeachtet der planerischen Festsetzungen im Bebauungsplan gemäß § 22 Abs. 6 StrG BW, da der Bebauungsplan nicht unter Mitwirkung des Trägers der Straßenbaulast zustande gekommen ist (vgl. VGH Hessen vom 22.07.1999 in ZfBR 2000, S. 194-197).

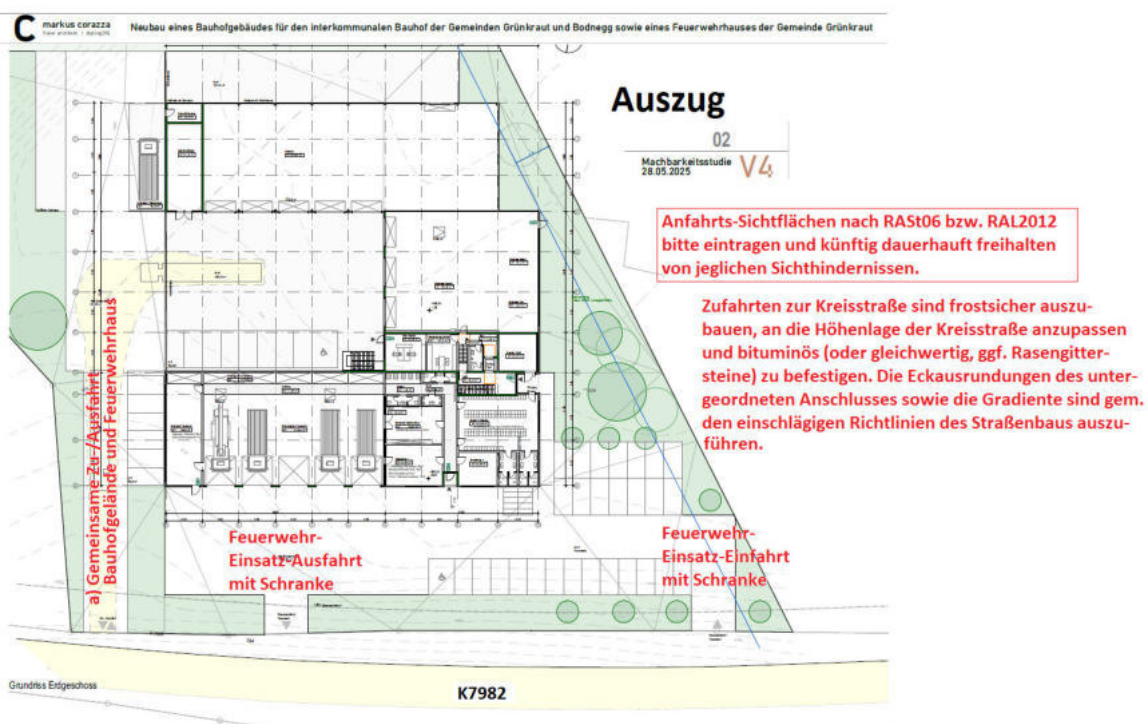
Die Erschließung des Plangebietes, erfolgt über drei neu zu errichtende Hofzufahrten bzw. –Ausfahrten zur Kreisstraße 7982.

- a) Gemeinsame Zu- und Ausfahrt zum Bauhofgelände wie auch zum Feuerwehrhaus.
  - Die Zu- und Ausfahrt ist so zu gestalten, dass ein Begegnungsverkehr möglich ist. Dies im Besonderen zur Vermeidung einer Rückstausituation durch wartende Fahrzeuge im Zuge der Kreisstraße.
- b) Ausschließlich für den Einsatzfall genutzte Feuerwehr-Einsatzausfahrt (Öffnung des Schrankenbetriebs im Einsatzfall).
- c) Ausschließlich für den Einsatzfall genutzte Feuerwehr-Einsatzeinfahrt (Öffnung des Schrankenbetriebs im Einsatzfall).

Bautechnische Änderungen im Rahmen einer künftig erforderlichen Umnutzung (wie auch Kapazitätserweiterung) bedürfen der Zustimmung des Straßenbaulastträgers der Kreisstraße.

Im Interesse der Verkehrssicherheit sind die straßenrechtlichen Belange der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs bei der Errichtung neuer Zufahrten wie auch bei einer Änderung des Nutzungsumfangs bereits bestehender Grundstückszufahrten bei der Aufstellung des Planverfahrens zu beachten.

An den geplanten Ausfahrten zur Kreisstraße sind die notwendigen Sichtbeziehungen durch die Überprüfung und Darstellung der Sichtdreiecke nachzuweisen.



Es gelten darüber hinaus die Vorgaben und Inhalte des § 10 StVO.

Es wird darauf hingewiesen, dass bauliche Veränderungen an der Kreisstraße, einschließlich ihrer Nebenanlagen, nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Straßenbauverwaltung als Träger der Straßenbaulast zulässig sind.

Bei Maßnahmen, welche die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs beeinträchtigen können (z.B. Eingeschränkte Ausfahrt-Sichtverhältnisse an neu geplanten Zufahrten oder im Fall von Nutzungsänderungen bereits bestehender Zufahrten zur übergeordneten Kreisstraße, Einschränkungen der Sichtverhältnisse oder des Straßenquerschnittes etc.) ist die Zustimmung der örtlich zuständigen Verkehrskommission erforderlich.

## **2. Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands**

Grundsätzlich wird für eine künftig evtl. geplante Radwege-Verkehrsführung angeregt, im Bereich des Plangebietes (nördlicher Fahrbahnrand der Kreisstraße) ggf. einen ausreichend dimensionierten Grundstückstreifen parallel zur Kreisstraße als nicht überbaubare Fläche im Eigentum der Gemeinde vorzuhalten.

## **3. Betroffene Belange und Anregungen**

### **1. Zufahrt / Erschließung**

Die planerisch dargestellte Feuerwehr-Einsatz-Ausfahrt bzw. -Einsatz-Ausfahrt wird ausschließlich im Rahmen des jeweiligen Feuerwehr-Einsatzfalles genutzt. Zur Gewährleistung einer diesbezüglich eingeschränkten bzw. beschränkten Einsatzausfahrt sind geeignete verkehrsrechtliche Maßnahmen im Zu-/Ausfahrtsbereich durch die örtlich zuständige Straßenverkehrsbehörde vorzusehen. Ein dementsprechender Antrag ist durch die Gemeinde bei der Straßenverkehrsbehörde zu stellen.

Für die Errichtung der neuen Hofzufahrten/-ausfahrten nach a) bis c) wird aus derzeitiger straßenrechtlicher Sicht die Anlage einer Linksabbiegespur im Zuge der K7982 als nicht erforderlich erachtet.

Soweit künftig ggf. eine Änderung des Nutzungsumfangs oder des Nutzungszwecks im Bereich dieser Ausfahrten stattfinden soll (z.B. Nutzung der Zufahrt zur weiteren „rückseitigen“ Erschließung eines Bau-, Wohn- oder Gewerbegebietes usw.), ist die Anlage / Errichtung einer Linksabbiegespur einer erneuten Prüfung durch die örtlich zuständige Verkehrskommission zu unterziehen.

Die Anlage / Errichtung einer Linksabbiegespur erfolgt grundsätzlich nach dem sog. Veranlasserprinzip auf Kostentragung des Veranlassers bzw. der Gemeinde.

An Zufahrten zur Kreisstraße sind ausreichende Anfahrts-Sichtfelder vorzuhalten. Die zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit erforderlichen Anfahrts-Sichtfelder sind den bislang vorgelegten Planunterlagen nicht zu entnehmen und im weiteren Verfahren planerisch darzustellen.

Im Rahmen der weiteren Planung sind die einschlägigen Richtlinienvorgaben der Richtlinien für die Anlage von Landstraßen (RAL bzw. RAST) zu beachten.

Zufahrten zur Kreisstraße sind frostsicher auszubauen, an die Höhenlage der Kreisstraße anzupassen und bituminös (oder gleichwertig) zu befestigen. Die Eckausrundungen des untergeordneten Anschlusses sowie die Gradienten sind gemäß den einschlägigen Richtlinien auszuführen. Eine entsprechende Planung ist dem Straßenamt zur Prüfung vorzulegen.

Weitere unmittelbare Zufahrten oder Zugänge von der Kreisstraße können wegen der Beeinträchtigung der Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs nicht gestattet werden.

Das Zufahrtsverbot gilt auch für die Bauzeit der Einzelbauvorhaben.

Das Zufahrtsverbot ist im Bebauungsplan einzutragen.

Es wird um Vorlage dementsprechend geeigneter Planunterlagen gebeten.

## 2. Sichtfelder

An neuen bzw. dem verkehrlichen Bedarf anzupassenden Einmündungen/Ausfahrten vom Plangebiet in die Kreisstraße sind im Außerortsbereich (zul. Höchstgeschwindigkeit 100km/h) folgende Sichtfelder erforderlich:

Die Sichtfelder **für den Kfz-Verkehr auf der Kreisstraße** (Tiefe gemessen in der Achse der Zufahrt, vom Fahrbahnrand der Kreisstraße, Länge, parallel zur Straße, gemessen von der Achse der Zufahrt) müssen grundsätzlich wie folgt bemessen werden.

Blick in beide Fahrtrichtungen:

Tiefe: 3,00m (bzw. 5,00 m für Feuerwehrfahrzeuge mit Frontanbaugeräten)

Länge: 200,00 m

Die Ausfahrt-Sichtflächen sind durch den Antragsteller bzw. die Nutzer der Zufahrten im Rahmen der vorgegebenen Mindestanforderung in Länge und Tiefe dauerhaft sicherzustellen und den topographischen Verhältnissen entsprechend angepasst ein maximal möglicher Sichtflächenbereich zu gewährleisten.

Es ist hierbei zu beachten, dass die erforderlichen Sichtfelder bei der Ausfahrt nicht durch Bepflanzung, Wald, (KFZ-)Stellplätze, Zäune, Übergabestationen o.Ä. beeinträchtigt werden. Evtl. geplante Zu- und Ausfahrten bzw. evtl. geplante Stellplätze im Zufahrtsbereich sind so zu gestalten, dass ein Wenden im Bereich des Baugrundstücks möglich ist und die Zu- und Ausfahrt in die bevorrechtigte (Kreis-)Straße stets im Vorwärtsverkehr erfolgt.

Einzelbäume stellen zunächst in grundsätzlicher Weise kein Sichthindernis im Sinne der Richtlinien dar.

Die Sichtfelder sind auf Dauer von jeglichen Sichtbehinderungen zwischen 0,80 m und 2,50 m Höhe über Fahrbahnoberkante freizuhalten. Die freizuhaltenden Sichtfelder sind im planerisch darzustellen und als nicht überbaubare Fläche einzutragen.

Hiervon abweichende Sichtfelder wie auch Maßnahmen, welche die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs beeinträchtigen können (z.B. Zufahrten, Einschränkungen der Sichtverhältnisse oder des Straßenquerschnittes, etc.) bedürfen der Beurteilung bzw. der Zustimmung der örtlich zuständigen Verkehrskommission.

## 3. Entwässerung

Abwasser und Oberflächenwasser aus dem Plangebiet darf den Anlagen der Kreisstraßen nicht zugeleitet werden. Es ist innerhalb des Baugebietes zu sammeln und gesondert abzuführen.

Die vorhandene ordnungsgemäße Ableitung des anfallenden Oberflächenwassers der Kreisstraße ist zu gewährleisten.

## 4. Bepflanzung

Die Sichtfelder an der Einmündung der Zufahrt in die Kreisstraße müssen von Bepflanzungen freigehalten werden (siehe 2.).

Bei der Neuanpflanzung von Bäumen außerhalb der Ortstafel ist ein Mindestabstand von 7,50 m plus Zuschlag für abfallende Böschung nach RPS zum befestigten Fahrbahnrand der klassifizierten Straße einzuhalten.

#### 5. Versorgungs- und Abwasserleitungen

Sofern für die Einlegung von Versorgungs- und Abwasserleitungen Flächen der Kreisstraßen wie auch Landesstraßen in Anspruch genommen werden müssen, ist vom Gesuchsteller ein gesonderter Antrag auf Abschluss eines Nutzungsvertrages - belegt mit Lageplan und evtl. Längsschnitt - beim Straßenamt einzureichen.

#### 6. Werbeanlagen allgemein

Außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrt sind Werbeanlagen nach § 22 Abs. 5 StrG BW straßenrechtlich zu beurteilen.

Dies gilt grundsätzlich für Werbeanlagen bis zu einer Entfernung 30 m an Kreisstraßen, unabhängig von den Festsetzungen des Bebauungsplanes.

§ 22 Abs. 6 StrG BW, welcher die Anwendbarkeit der Absätze 1-4 ausschließt sofern ein Bauvorhaben den Festsetzungen eines Bebauungsplans entspricht, bezieht die o.g. Regelung zu Werbeanlagen ausdrücklich nicht mit ein.

In die textlichen Festsetzungen ist aufzunehmen, dass Werbeanlagen jeglicher Art in einer Entfernung bis zu 30 m zum nächstgelegenen, befestigten Fahrbahnrand der Kreisstraße ohne die ausdrückliche Zustimmung der Straßenbauverwaltung nicht zugelassen werden dürfen. Ergo ist das Straßenamt im Landratsamt Ravensburg als Straßenbaubehörde im Baugenehmigungsverfahren zu beteiligen.

#### **4. Hinweise**

Die Gemeinde wird gebeten, die Bauleitplanung/weitere Planung auf der Grundlage der vorstehenden Stellungnahme zu erstellen/überarbeiten und das Straßenamt - Straßenrecht am weiteren Verfahren zu beteiligen.

#### Immissionen

Das Plangebiet ist durch Immissionen (Verkehrslärm und Abgase) der K7982 vorbelastet. Es wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass sich der Straßenbaulastträger an den Kosten eventuell notwendig werden-der aktiver oder passiver (Schall-) Schutzmaßnahmen oder anderen Immissionsschutzmaßnahmen nicht beteiligen kann.

Darüber hinaus ist während den Wintermonaten mit Behinderungen durch evtl. Schneeanhäufungen des Straßenwinterdienstes im Grundstücks- und Zufahrtsbereich zu rechnen. Evtl. zufahrtsbehindernde Schneeanhäufungen sind durch den künftigen Bauherrn bzw. Nutzer der Zufahrt zu beseitigen. Schnee aus dem Zufahrtsbereich darf der Kreisstraße nicht zugeführt oder dort abgelagert werden

Mit freundlichen Grüßen





## Anlagen

- „Erläuterungen und Hinweise für das Bauleitplanverfahren Landkreis Ravensburg“, Oberflächen-  
gewässer
- „Erläuterungen und Hinweise für das Bauleitplanverfahren Landkreis Ravensburg“, Abwasser,  
Grundwasser
- Kopie Umwandlungsgenehmigung vom 12.11.2024 mit Antrag vom 08.08.2024

### OBERFLÄCHENGEWÄSSER

#### **Oberflächenwasserabfluss, §§ 6, 55 Abs. 2 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) sowie § 12 Wassergesetz (WG)**

Durch die Neuversiegelung von Flächen wird der Oberflächenwasserabfluss verstärkt. Im Grundsatz ist darauf hinzuwirken, dass die künftige Höhe des Niederschlagswasserabflusses aus dem Plangebiet nicht höher ist als vor der Bebauung aus dem natürlichen Einzugsgebiet. Bauliche Entwicklungen sollen grundsätzlich so erfolgen, dass eine Verschärfung der Hochwassergefahr nicht zu befürchten ist.

Grundsätzlich sind innerhalb des überplanten Gebiets Maßnahmen zur Reduzierung bzw. zur Verlangsamung des Oberflächenwasserabflusses vorzusehen. Die Schaffung von Versickerungsflächen bzw. die Errichtung von Rückhalteräumen sind Möglichkeiten, innerhalb von Baugebieten den zusätzlichen Regenwasseranfall zu drosseln.

Im Rahmen des Bauleitplanverfahrens ist eine überschlägige Prüfung der möglichen Auswirkungen der zusätzlichen Einleitungsmengen aus den neu versiegelten Flächen in das jeweilige Gewässer vorzunehmen und eine positive Prognose über die verträgliche, schadlose Ableitung der Niederschlagswassermengen (Drossel- und insbesondere Notentlastungsmengen) aufzuzeigen.

Die Details sind im Rahmen der abwassertechnischen Erschließungsplanung nachzuweisen.

#### **Gewässerrandstreifen, § 29 WG, § 38 WHG**

Nach § 29 Abs. 1 WG ist der Gewässerrandstreifen im Innenbereich gemessen ab Gewässerböschungsoberkante 5 Meter breit, im Außenbereich 10 Meter.

Der Gewässerrandstreifen bemisst sich bei Gewässern mit ausgeprägter Böschungsoberkante ab der Böschungsoberkante. Fehlt eine Böschungsoberkante, bemisst sich der Gewässerrandstreifen ab der Linie des Mittelwasserstandes nach § 5 Abs. 3 WG. Verdolte Gewässerabschnitte, besitzen keinen Gewässerrandstreifen. Der Gewässerrandstreifen ist nachrichtlich zu übernehmen, § 9 Abs. 6 Baugesetzbuch (BauGB) bzw. § 5 Abs. 4 BauGB.

Im Gewässerrandstreifen ist nach § 38 WHG i.V.m. mit § 29 Abs. 3 Nr. 2 WG die Neuerrichtung von baulichen und sonstigen Anlagen grundsätzlich verboten. Zu den sonstigen Anlagen zählen z.B. auch baugenehmigungsfreie Vorhaben wie Mauern, feste Zäune, Verkehrsflächen/Wegebefestigungen aller Art, z.B. durch Befestigungen des Bodens in Form von Platten, bekiesten oder bituminösen Geh- oder Fahrwegen, Parkplätze o.ä., Auffüllungen/Abgrabungen, Gartenhütten, Überdachungen, Stellplätze, Lagerplätze, Kompostanlagen, Niederschlagsretention-/oder Sickermulden, usw.

#### **Belange des Hochwasserschutzes, §§ 76 -78 c WHG**

##### **Festgesetzte Überschwemmungsgebiete (HQ<sub>100</sub>) §§ 76 und 78 WHG**

Entsprechend der wasserrechtlichen Bestimmungen gelten, ohne dass es einer weiteren Festsetzung bedarf, Gebiete, in denen ein Hochwasserereignis statistisch einmal in 100 Jahren zu erwarten ist, als Überschwemmungsgebiete (§ 65 Abs.1 Wassergesetz (WG) i.V. m § 76 u. 78 WHG).

### Ausweisung neuer Baugebiete im Außenbereich:

Für festgesetzte Überschwemmungsgebiete im Außenbereich gelten die Verbote des § 78 Abs. 1 WHG. So ist es u.a. untersagt, auf diesen Flächen neue Baugebiete in Bauleitplänen oder sonstigen Satzungen auszuweisen (§ 78 Abs. 1 Nr. 1 WHG). Ein neues Baugebiet liegt vor, wenn die erstmalige Bebauung einer Fläche durch eine Bauleitplanung ermöglicht wird. Dies ist in jedem Fall gegeben, wenn eine Überplanung des Außenbereichs erfolgt.

### Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Bauleitplänen nach § 30 Abs. 1 u. 3 oder § 34 BauGB:

Nach § 78 Abs.3 WHG hat die Gemeinde in festgesetzten Überschwemmungsgebieten bei der Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Bauleitplänen für die Gebiete, die nach § 30 Absatz 1 und 2 oder § 34 des Baugesetzbuches zu beurteilen sind, in der Abwägung nach § 1 Absatz 7 des Baugesetzbuches insbesondere zu berücksichtigen:

1. die Vermeidung nachteiliger Auswirkungen auf Oberlieger und Unterlieger,
2. die Vermeidung einer Beeinträchtigung des bestehenden Hochwasserschutzes und
3. die hochwasserangepasste Errichtung von Bauvorhaben.

In festgesetzten Überschwemmungsgebieten ist die Errichtung oder Erweiterung baulicher Anlagen nach den §§ 30, 33, 34 und 35 BauGB untersagt (§ 78 Abs.4 WHG).

Die zuständige Behörde kann abweichend die Errichtung oder Erweiterung einer baulichen Anlage im Einzelfall genehmigen, wenn die Voraussetzungen nach § 78 Abs. 5 WHG vorliegen.

### **Risikogebiete (HQ<sub>extrem</sub>) § 78 b WHG**

Für „Risikogebiete außerhalb von Überschwemmungsgebieten“ gilt entsprechend § 78 b Abs.1 Nr.1. WHG, dass bei der Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Bauleitplänen insbesondere der Schutz von Leben und Gesundheit und die Vermeidung erheblicher Sachschäden in der Abwägung nach § 1 Absatz 7 BauGB zu berücksichtigen sind.

### **Nachrichtliche Übernahme**

Festgesetzte Überschwemmungsgebiete (HQ<sub>100</sub>) und Risikogebiete außerhalb von Überschwemmungsgebieten (HQ<sub>extrem</sub>) sind nachrichtlich im Bebauungsplan zu übernehmen.

Auf die neuen Festsetzungsmöglichkeiten nach § 9 (1) Nr. 16 BauGB wird im Besonderen hingewiesen.

### **Heizölverbraucheranlagen § 78 c WHG**

Nach § 78 c Abs. 2 WHG ist die Errichtung neuer Heizölverbraucheranlagen in Gebieten nach § 78 b Abs. 1 Satz 1 WHG (HQ<sub>extrem</sub>) verboten, wenn andere weniger wassergefährdende Energieträger zu wirtschaftlich vertretbaren Kosten zur Verfügung stehen oder die Anlage nicht hochwassersicher errichtet werden kann. Es wird empfohlen, hierzu einen Hinweis aufzunehmen.

Die Broschüre „Strategie zur Minderung von Hochwasserrisiken in Baden-Württemberg“, ist im Internet mit einem umfassenden Informationsportal veröffentlicht <http://www.hochwasserbw.de> . Weitere Hinweise für die hochwassergerechte Bauleitplanung finden Sie hier: <https://www.hochwasser.baden-wuerttemberg.de/bauleitplanung>

Wir verweisen auf die Kompaktinformation „Städtebau und Bauleitplanung bei Hochwasserrisiken und in Überschwemmungsgebieten“.

### **Starkregen § 1 Abs. 6 BauGB u. § 37 WHG**

Bei der Aufstellung von Bauleitplänen sind mögliche Überflutungen infolge Starkregenereignissen zu berücksichtigen. Aus verschiedenen Gründen, z.B. Oberflächenabflüssen an Hanglagen, aus Außeneinzugsgebieten etc., kann es bei Starkregen zu wild abfließendem Wasser kommen.

Weiterführenden Informationen erhalten Sie auf der Internetseite des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg: <https://um.baden-wuerttemberg.de/de/umwelt-natur/schutz-natuerlicher-lebensgrundlagen/wasser/starkregen/>

## ERLÄUTERUNGEN UND HINWEISE FÜR DIE BAULEITPLANUNG

### ABWASSER, GRUNDWASSER

#### Abwasser

Die Neuerschließung des Gebietes muss nach derzeitigen wassergesetzlichen Vorgaben über ein modifiziertes System erfolgen (getrennte Ableitung von Niederschlagswasser und Schmutzwasser), wenn dies schadlos und mit einem verhältnismäßigen Aufwand möglich ist, § 55 Abs. 2 Wasserhaushaltsgesetz (WHG). Das Schmutzwasser muss der Sammelkläranlage zugeführt werden, § 46 Abs. 1 Wassergesetz (WG). Das Regenwasser kann versickert bzw. in einen Vorfluter eingeleitet werden, § 55 Abs. 2 WHG.

#### **Versickerung**

Die Dimensionierung und Gestaltung einer Sickeranlage ist der DWA-A 138 zu entnehmen. Die Versickerung hat über eine mind. 30 cm mächtige Bodenschicht zu erfolgen. Der Einbau einer Zisterne entbindet nicht vom Bau einer Sickeranlage. Es spricht jedoch nichts gegen den Einbau einer Zisterne mit Überlauf in eine Versickerungsanlage.

Für die Entwässerungskonzeption ist eine Aussage über die Untergrundbeschaffenheit (Bodendurchlässigkeit, Altlasten, Flurabstand) erforderlich, z.B. durch ein Bodengutachten.

#### **Einleitung in einen Vorfluter**

Wird das Niederschlagswasser in einen Vorfluter eingeleitet, so muss eine Retention (vorübergehende Speicherung von Regenwasser um die Abflussspitzen zu verringern) gemäß DWA-A 117 dimensioniert und erstellt werden. Das Volumen kann auch über den vereinfachten Ansatz  $3 \text{ m}^3 / 100 \text{ m}^2 A_{\text{red}}$  ermittelt werden, Verordnung über die dezentrale Beseitigung von Niederschlagswasser.

Im Bebauungsplan (planungsrechtliche Festsetzung und Hinweise bzw. in der örtlichen Bauvorschrift) muss eine eindeutige und verbindliche Regelung zur Entwässerungssystematik aufgenommen werden. Es muss klar vorgegeben sein, wie Schmutzwasser und wie Niederschlagswasser – auch von privaten Flächen - beseitigt wird. Werden zur abwassertechnischen Erschließung des Gebietes öffentliche Anlagen erforderlich, müssen diese im Benehmen mit der Wasserbehörde hergestellt werden. Die notwendigen Planunterlagen sind ggf. rechtzeitig vorzulegen, § 48 WG.

Auf Flächen deren Niederschlagswasser über die Regenwasserkanalisation geleitet wird, darf kein Abwasser im Sinne von verunreinigtem Wasser anfallen. Entsprechende Arbeiten wie z.B. Autowäsche, Reinigungsarbeiten, sind nicht zulässig, § 55 Abs. 1 WHG.

Drainagen sind nur zulässig, wenn kein Grundwasser abgesenkt wird (§ 9 WHG) und der Ablauf der Drainage in ein oberirdisches Gewässer einleitet. Andere Drainagen sind nicht zulässig, § 3 Abwasserverordnung. Ist die modifizierte Entwässerung nicht mit verhältnismäßigem Aufwand möglich (z.B. kein Vorfluter, kein sickerfähiger Untergrund), so muss ein Nachweis der Unverhältnismäßigkeit geführt werden, § 55 Abs. 1 WHG. Nicht beschichtete Metaldächer aus Kupfer, Zink, Blei erhöhen den Gehalt der Schwermetalle im Dachflächenabfluss. Deshalb sind diese in Baugebieten mit Versickerung zu vermeiden.

Leitfaden: Naturverträgliche Regenwasserbewirtschaftung, DWA-A 138.

Die Versickerung von Metaldächern bedarf einer wasserrechtlichen Erlaubnis, die beim Landratsamt, Untere Wasserbehörde zu beantragen ist. Dachinstallationen, wie Verwahrungen, Dachrinnen u. Fallrohre aus



Kupfer, Zink, Titan-Zink und Blei erhöhen den Metallgehalt im Niederschlagswasser, und sollten aus Gründen des Gewässerschutzes deshalb vermieden werden. Es wird empfohlen die alternativen Materialien aufzuführen: Aluminium, beschichtetes Zink, oder Edelstahl und Kunststoffteile.

### **Gewerblicher Bereich**

Die Versickerung bzw. Einleitung des Niederschlagswassers von Dach- und Hofflächen von Gewerbetrieben bedarf in der Regel einer wasserrechtlichen Erlaubnis. Dies ist mit dem Landratsamt abzuklären. Es muss überprüft werden, ob eine Vorbehandlung des Niederschlagswassers erforderlich ist. (Verordnung über die dezentrale Beseitigung von Niederschlagswasser.) Betriebe, bei denen belastetes Niederschlagswasser anfällt, dürfen nur angesiedelt werden, wenn die schadlose Beseitigung gewährleistet ist, z.B. durch ausreichend dimensionierte MW/SW-Leitungen.

### **Hinweis**

Bei der Bemessung der Schmutzwasserkanalisation ist eine Reserve für belastetes Niederschlagswasser von Gewerbebetrieben mit einzuplanen. Es darf nur unbelastetes Niederschlagswasser versickert oder eingeleitet werden

### **Grundwasser**

#### **Wasserversorgung § 1 Abs. 6 Ziff. 8 e Baugesetzbuch (BauGB)**

Bei der Aufstellung des Bebauungsplans sind die Belange der Wasserversorgung zu berücksichtigen. Diese sind dann hinreichend berücksichtigt, wenn die Gebäude an eine auf Dauer gesicherte, einwandfreie öffentliche Wasserversorgung angeschlossen werden. In der Begründung zum Bebauungsplan ist die wasserversorgungstechnische Erschließung des Baugebietes kurz darzustellen.

#### **Grundwasserschutz § 1 Abs. 5 BauGB**

Die Bauleitpläne sollen dazu beitragen, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen.

Wegen der überragenden Bedeutung der Ressource Grundwasser als eine wesentliche Lebensgrundlage sind Eingriffe in den Grundwasserhaushalt beim Bauen zu vermeiden bzw. zu minimieren. Um gesicherte Erkenntnisse über die Grundwassersituation zu erhalten, empfehlen wir vorab in grundwassernahen Bereichen (Tälchen, Quellbereiche usw.) Baugrunderkundungen mittels verpegelten Erdaufschlussbohrungen durchzuführen. Bei der Beurteilung der Grundwasserstände ist der Schwankungsbereich des Grundwassers zu berücksichtigen.

Falls Grundwasserbenutzungen (Entnehmen, Zutagefördern, Zutageleiten, Ableiten, Aufstauen, Absenken und Umleiten von Grundwasser) notwendig werden, ist die nach den Umständen erforderliche Sorgfalt anzuwenden, um eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften zu vermeiden.

Drainagen im Grundwasserbereich, sowie Sickerschächte sind grundsätzlich nicht zulässig. Um in kritischen Bereichen Schadensfällen vorzubeugen, ist zu prüfen, ob nicht auf Untergeschosse verzichtet werden kann. Wenn nicht, wird empfohlen, die im Grundwasserbereich zu liegen kommenden Baukörper wasserdicht und auftriebssicher herzustellen.

Die im Grundwasserbereich eingebrachten Materialien dürfen keine schädlichen auslaugbaren Beimischungen enthalten.

**Wir bitten im Bebauungsplan folgende Hinweise aufzunehmen:**

Grundwasserbenutzungen bedürfen in der Regel einer wasserrechtlichen Erlaubnis gem. §§ 8, 9, 10 WHG. Diese ist bei der Unteren Wasserbehörde beim Landratsamt Ravensburg zu beantragen. Die für das Erlaubnisverfahren notwendigen Antragsunterlagen müssen nach § 86 Abs. 2 WG von einem hierzu befähigten Sachverständigen gefertigt und unterzeichnet werden. Ein Formblatt über die notwendigen Unterlagen ist bei der Unteren Wasserbehörde erhältlich.

Eine Erlaubnis für das Zutagefördern und Zutageleiten von Grundwasser zur Trockenhaltung einer Baugrube kann grundsätzlich nur vorübergehend erteilt werden.

Die unvorhergesehene Erschließung von Grundwasser sowie Erdaufschlüsse aller Art hat der Unternehmer gem. § 49 Abs. 2 WHG in Verbindung mit § 43 WG bei der Unteren Wasserbehörde des Landratsamtes unverzüglich anzuzeigen. Die Untere Wasserbehörde trifft die erforderlichen Anordnungen

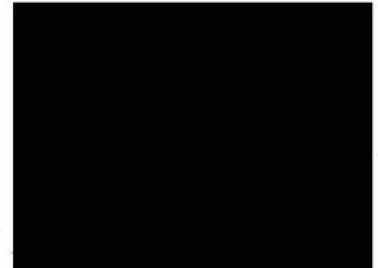


Wo der Süden am schönsten ist.

Landratsamt Ravensburg, Postfach 19 40, 88189 Ravensburg

Gemeindeverwaltung Grünkraut  
Scherzachstraße 2  
88287 Grünkraut

Bau- und Umweltamt



Aktenzeichen: 403-364.521

Ihr Schreiben vom/AZ:

Datum: 12.11.2024

**Antrag auf Umwandlungsgenehmigung nach § 33a Abs. 2 NatSchG zur Entfernung eines Teils des Streuobstbestandes auf Flst. Nr. 383, 384/1, 421/5 Gemarkung Grünkraut**

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Landratsamt Ravensburg – Bau- und Umweltamt – trifft folgende

**I. Entscheidung:**


1. Die mit Antrag vom 08.08.2024 beantragte Umwandlungsgenehmigung für die Entfernung 22 Streuobstbäumen auf den Flst. Nrn. 383, 384/1 und 421/5 Gemarkung Grünkraut wird erteilt.
2. Der als Anlage beigefügte Antrag vom 08.08.2024 (erstellt durch Sieber Consult GmbH Lindau) ist Bestandteil dieser Entscheidung.
3. Die Entscheidung ergeht unter folgenden Nebenbestimmungen:
  - a. Die Rodung der in Ziffer 1 genannten Streuobstbäume darf nur im Zeitraum Anfang Oktober bis Ende Februar eines Jahres erfolgen.
  - b. Als Ausgleich für die Umwandlung des in Ziffer 1 genannten Streuobstbestandes ist das im Antrag vom 08.08.2024 dargestellte Ausgleichskonzept auf Flst. Nr. 421/2 Gem. Grünkraut plan und bestimmungsgemäß umzusetzen.
  - c. Zusätzlich zu den Maßnahmen nach Ziffer 3b sind an den sieben bereits bestehenden Streuobstbäumen auf Flst. Nr 421/2 folgende künstliche Nisthilfe für Vögel und künstliche Quartiere für Fledermäuse anzubringen:
    - vier künstliche Nisthilfen für den Feldsperling (z.B. Schwegler Nischenbrüterhöhle 1N oder vergleichbar)
    - zwei Starenkobel (z.B. Schwegler Typ3S oder vergleichbar)

Bankverbindung:

IBAN: DE87 6505 0110 0048 0003 23

BIC: SOLADES1RVB

 [www.rv.de](http://www.rv.de)

 [landkreis.ravensburg](https://www.facebook.com/landkreis.ravensburg)

 [landkreis.ravensburg](https://www.instagram.com/landkreis.ravensburg)



- vier Meisennistkästen (z.B. Schwegler Nisthöhle 1B oder vergleichbar), davon jeweils zwei mit 26mm Lochdurchmesser und zwei mit 32mm Lochdurchmesser
- zwei Großraumkästen für Fledermäuse (z.B. Schwegler 1FS oder vergleichbar)
- zwei Fledermaushöhlen (z.B. Schwegler 2F oder vergleichbar)

Die künstlichen Nisthilfen/Quartiere sind an einen fachgerechten Standort anzubringen (mind. 2m Höhe, bei Vogelnistkästen Ausrichtung Südost, bei Fledermausquartiere keine Ausrichtung Nord, freier Anflug möglich, bei Fledermausquartiere Anflug auch nach unten möglich).

- d. Die Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen nach Ziffer 3b hat möglichst vor Rodung der unter Ziffer 1 genannten Streuobstbäume, spätestens jedoch in der auf die Rodung folgenden Pflanzperiode (Ende September bis Anfang Dezember oder Anfang März bis Ende April) zu erfolgen.
- e. Die Umsetzung der Maßnahmen nach Ziffer 3c hat vor Rodung der unter Ziffer 1 genannten Streuobstbäume zu erfolgen.
- f. Die Neupflanzungen der Maßnahmen nach Ziffer 3b sind dauerhaft zu erhalten sowie durch regelmäßige fachgerechte Erziehungs- und Pflegeschritte incl. Entfernung von Mistelbefall dauerhaft zu pflegen. Abgehende oder kümmernde Neupflanzungen sind unverzüglich jeweils gleichartig zu ersetzen.
- g. Die künstlichen Nisthilfen/Quartiere nach Ziffer 3c sind mindestens einmal jährlich zu reinigen, auf Funktionsfähigkeit zu prüfen und ggfs. zu ersetzen.
- h. Im Grundbuch des Flst. Nr. 421/2 Gem. Grünkraut ist eine persönlich beschränkte Dienstbarkeit zu Gunsten der Gemeinde Grünkraut einzutragen, welche die Umsetzung und Unterhaltung der unter Ziffer 3b und 3c festgelegten Maßnahmen sowie die Pflege und Unterhaltung gemäß Ziffer 3f und 3g rechtlich sicherstellt. Ein Nachweis der Eintragung ist dem Landratsamt Ravensburg – Bau- und Umweltamt vorzulegen. Die Vorlage hat vor der Entfernung der Streuobstbäume nach Ziffer 1 zu erfolgen. Als vorläufiger Nachweis ist eine entsprechende vom Eigentümer des Flst. Nr. 421/2 unterzeichnete Eintragsbewilligung ausreichend.
- i. Werden im Zuge der Gehölzrodungen Fledermäuse im Baumbestand vorgefunden, so sind die Arbeiten unverzüglich einzustellen und die untere Naturschutzbehörde zur Abstimmung des weiteren Vorgehens zu konsultieren.

## II. Begründung:

Die Gemeinde Grünkraut plant, auf Flst. Nrn. 383, 384/1 und 421/5 Gem. Grünkraut ein Bauhofgebäude und ein Feuerwehrhaus zu errichten. Für die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit soll ein entsprechender Bebauungsplan aufgestellt und der Flächennutzungsplan entsprechend geändert werden. Auf



dem vorgesehen Plangebiet liegt ein ca. 0,6 ha großer Streuobstbestand, welcher im Zuge des Vorhabens in großen Teilen, d.h. 22 von insgesamt 27 Bäumen, entfernt werden muss.

Nach § 33a NatSchG sind Streuobstbestände mit einer Mindestgröße von 1.500m<sup>2</sup> zu erhalten. Eine Umwandlung in eine andere Nutzungsart darf nur mit Genehmigung erfolgen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn der Streuobstbestand bzw. der umzuwandelnde Teil des Bestandes keine Bedeutung für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts oder den Erhalt der Artenvielfalt besitzt. Die Genehmigung ist regelmäßig zu versagen, wenn der Erhalt des Streuobstbestandes aufgrund seines naturschutzfachlichen Werts im überwiegenden öffentlichen Interesse liegt. Die Erteilung einer Genehmigung für die Umwandlung eines Streuobstbestandes mit naturschutzfachlicher Bedeutung ist demnach nur bei gravierenden Gründen zu rechtfertigen, wenn keine zumutbaren Standort- oder Ausführungsalternativen bestehen.

Zudem sind neben der Vorschrift des § 33a NatSchG auch die Zugriffsverbote nach § 44 Abs. 1 BNatSchG zu berücksichtigen und soweit erforderlich Vermeidungs- und Ersatzmaßnahmen vorzusehen.

Bei Genehmigung einer Umwandlung von Streuobstbeständen sind damit verbundenen Eingriffe gemäß § 33a Abs. 3 NatSchG auszugleichen.

Der gegenständliche Streuobstbestand hat eine mittlere bis hohe Bedeutung für den Naturhaushalt. Der Bestand umfasst aktuell rund 0,6 ha und 27 Bäume und stellt daher eher einen kleinen Bestand in der Umgebung dar. Im Bereich Liebenhofen, Menisreute und Grünkraut finden sich noch eine Vielzahl von Streuobstbeständen mit deutlichen größeren Ausmaßen. Das Alter liegt bei 30 bis 100 Jahren. Jungbäume sind keine vorhanden. Alle Bäume verfügen über eine Stammhöhe von mehr als 1,60m und sind daher im weiteren Sinne als Hochstämme bzw. durchgewachsene Mittelstämme zu werten. Der Pflegezustand ist mittelmäßig, altersentsprechend gut. Die Unternutzung ist extensives Grünland, wobei kein nach § 30 BNatSchG/§ 33 NatSchG geschützter Biotoptyp vorliegt. Der Streuobstbestand ist wie sämtliche Streuobstbestände im Biotopverbund mittlere Standorte als Kernfläche dargestellt und hat eine Trittsteinfunktion vom nördlich und südlich angrenzenden Streuobstbestand. Ein artenschutzrechtliches Gutachten von Büro Sieber vom 18.12.2020 attestiert eine mittlere Bedeutung des Bestandes für Fledermausarten. Der Bestand dient danach mehreren Arten (Zwergfledermaus, Bartfledermaus, Braunes Langohr; Fransenfledermaus) nachweislich bzw. potentiell als Jagdhabitat bzw. Leitstruktur. An den Obstbäumen wurden Höhlen und Spalten festgestellt, die von einzelnen Tieren als Zwischenquartier genutzt werden könnten. Die Brutvogelkartierung ergab, dass in Höhlungen des Streuobstbestandes zwei Révierpaare des Feldsperlings, jeweils ein Brutplatz des Stars, der Blaumeise und der Kohlmeise vorhanden sind. Weiterhin wurden Amsel, Buchfink, Mönchgrasmücke, Stieglitz und Rabenkrähe brütend im Gebiet festgestellt. Zudem wurden zahlreiche Arten, wie Goldammer, Grauschnäpper, Haussperling, Neuntöter, Mäusebussard, Rauchschwalbe, Turmfalke, Grünfink, Girlitz, Gimpel, Kernbeißer, Ringeltaube, Sommergoldhähnchen, Wacholderdrossel, Buntspecht, Kleiber, Sumpfmehse, Hausrotschwanz und Bachstelze im Umfeld des Streuobstbestandes nachgewiesen und nutzen die Fläche teils gelegentlich als Nahrungshabitat. Der Streuobstbestand weist somit eine Funktion für ein breites Artenspektrum auf. Bei den im Plangebiet brütenden Arten handelt es sich



um ubiquitäre Vogelarten. Im Umfeld wurde weitere wertgebende Arten nachgewiesen, welche die Streuobstwiese als Nahrungshabitat nutzen, wobei dessen keine essentielle Bedeutung in artenschutzrechtlichem Sinne zukommt.

Dem Streuobstbestand wird in der Gesamtschau eine mittlere bis hohe Bedeutung für die Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts und der Erhalt der Artenvielfalt beigemessen. Ein Anspruch auf Umwandlung scheidet demnach aus. Im Regelfall geht das öffentliche Schutzinteresse für diesen Streuobstbestand vor. Der Durchführung eines Vorhabens an diesem Standort müssen daher gewichtige öffentliche Interessen zugrundeliegen und an die Planerforderlichkeit an diesem Standort sind besondere Anforderungen zu stellen. Beide Anforderungen liegen bei den dem Umwandlungsantrag zugrundeliegenden Vorhaben vor. Das Feuerwehrhaus samt Bauhofgebäude liegt in besonderem öffentlichen Interesse. Eine sehr umfangreiche Analyse und Bewertung in Betracht kommender Alternativstandorte hat stattgefunden. In einer gemeinsamen Besprechung mit der Naturschutzverwaltung und der NABU-Bezirksgeschäftsstelle konnten die im ersten Antragsentwurf verbliebenen Fragestellung geklärt werden.

Das im Antrag vom 08.08.2024 dargestellte Ausgleichskonzept ist im Wesentlichen geeignet, den mit Umwandlung des Streuobstbestandes verbundenen Eingriff auszugleichen. Durch Neupflanzungen an bestehenden Streuobstbäumen wird ein größerer und somit der Schutzvorschrift des § 33a NatSchG unterliegenden Bestand geschaffen, der eine Altersheterogenität aufweist. Der Standort der Ausgleichsmaßnahmen befindet sich unweit des Eingriffs und kann die Trittsteinfunktion des umzuwandelnden Streuobstbestandes langfristig übernehmen. Hinsichtlich der mit Entfernung des Streuobstbestandes verlorengehenden Habitatfunktionen genügt das Ausgleichskonzept allerdings nicht. Zwar kann die Ausgleichsfläche aufgrund der extensiven Grünlandnutzung die Funktion als Nahrungshabitat ausgleichen. Da der neue zu schaffende Streuobstbestand aber überwiegend aus Jungbäumen besteht, reicht das Angebot an Höhlungen und Rindenabplatzungen nicht, die nachgewiesenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten sowie das Strukturpotential des umzuwandelnden Bestandes auszugleichen. Hinsichtlich der im Artenschutzgutachten vom 18.12.2020 festgestellten Fortpflanzungs- und Ruhestätten sind darüber hinaus auf Grundlage der Vorschriften des besonderen Artenschutzes (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 und § 44 Abs. 5 BNatSchG) zusätzliche Maßnahmen in Form von künstlichen Nisthilfen zwingend erforderlich.

Die mit dieser Entscheidung verbundenen Nebenbestimmungen beruhen auf § 36 Landesverwaltungsverfahrensgesetz (LVwVfG). Sie dienen der Sicherstellung der Einhaltung allgemeiner und besonderer artenschutzrechtlicher Vorschriften und des Erfolgs des für die Ausnahme und die Umwandlungsgenehmigung erforderlichen Ausgleichs. Die Nebenbestimmungen stellen in ihrer Gesamtheit die Genehmigungsfähigkeit der beantragten Umwandlung her.

### **III. Hinweise:**

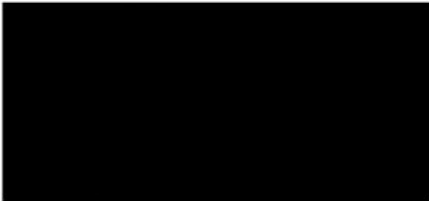
Für diese Entscheidung werden keine Gebühren erhoben.

Die laut Artenschutzgutachten von Büro Sieber vom 18.12.2020 aufgeführten Maßnahmen sind nur teilweise über diese Umwandlungsgenehmigung abgedeckt. Die verbleibenden artenschutzrechtlich erforderlichen Vermeidungs-

und Ausgleichsmaßnahmen (z.B. weitere künstliche Nisthilfen und Fledermausquartiere) sind im Zuge des Bauleitplanverfahrens zu berücksichtigen.

#### **IV. Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diese Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Landratsamt Ravensburg, Gartenstr. 107, 88212 Ravensburg, eingelegt werden.



#### Anlage

Umwandlungsantrag vom 08.08.2024 (erstellt von Sieber Consult GmbH, Lindau (B), im Auftrag der Gemeinde Grünkraut

## Antrag auf Umwandlungsgenehmigung nach § 33a Abs. 2 NatSchG Baden-Württemberg

Durch die Planung betroffenes Biotop (Streuobstbestand gem. § 33a NatSchG BW)

Art: Bestehende Streuobstwiesen

Lage: Die bestehende Streuobstwiese liegt am nordwestlichen Rand der Gemeinde Grünkraut, nördlich der "Kemmerlanger Straße".

Fl.-Nrn.: 383, 384/1, 421/5 (Gemarkung Grünkraut)

Flächengröße: 6.050 m<sup>2</sup> (ungefähre Größe des faktischen Biotops, welches von der Planung betroffen ist)

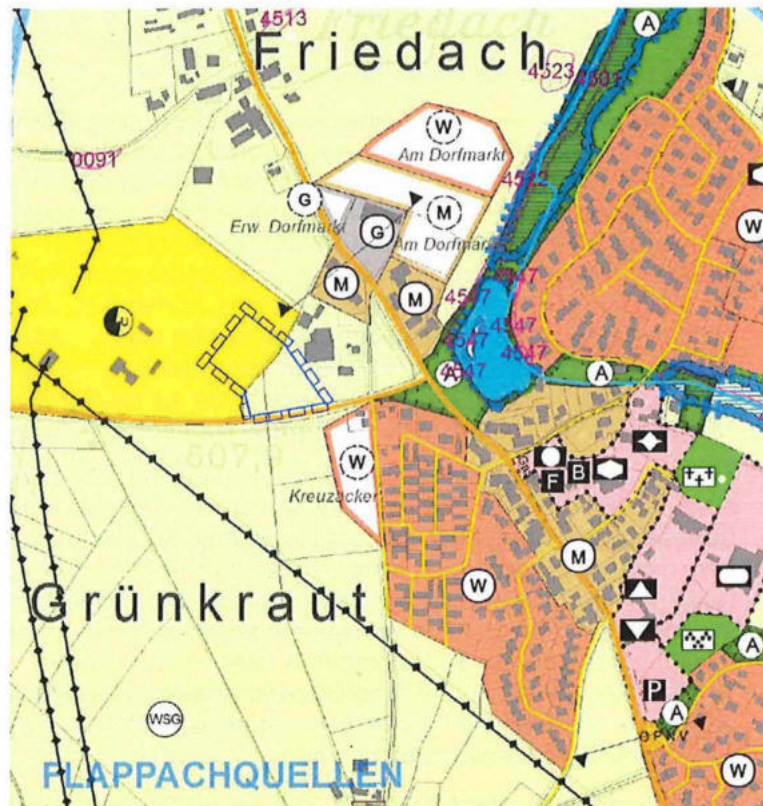
Luftbild:



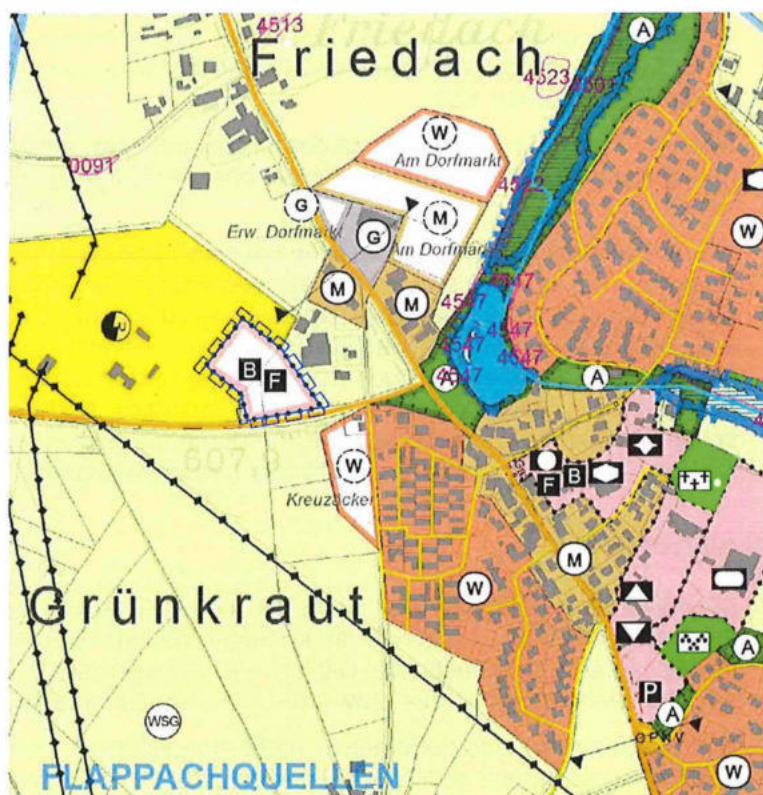
**Beschreibung:** Die bestehende Streuobstwiese befindet sich am nordwestlichen Siedlungsrand von Grünkraut. Sie liegt westlich einer bestehenden Hofstelle und östlich des Umspannwerkes. Die Streuobstwiese umfasst eine Fläche von ca. 6.050 m<sup>2</sup> und 27 Streuobstbäumen, wovon sich 22 Bäume im Geltungsbereich befinden. Die Grünlandfläche unter den Hochstämmen unterliegt einer extensiven Pflege durch Beweidung.



Stand vor der Änderung des Flächennutzungsplanes



10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2030 im Bereich der Gemeinde Grünkraut ("Bauhof und Feuerwehrhaus")





**Begründung:** Die Gemeinde Grünkraut plant am westlichen Ortsrand, nördlich der "Kemerlanger Straße" einen Bauhof sowie ein Feuerwehrhaus zu errichten. Durch eine Standortalternativenprüfung erwiesen sich die genannten Flächen als am besten geeignet für das Projekt.

Die Streuobstwiese umfasst eine Gesamtfläche von ca. 6.050 m<sup>2</sup> und ist mit Obstbäumen bepflanzt. Ein Bestand von 22 Obstbäumen mit einem Bestandsalter von 30-100 Jahren und eine Fläche von ca. 5.261 m<sup>2</sup> geht verloren. Die verbleibenden Bäume verlieren aufgrund der Zerschneidung der Streuobstwiese ihre Bedeutung als Lebensraum. Streuobst ist nach § 33a NatSchG BW geschützt und eine einfache Beseitigung ist damit untersagt. Streuobstbestände im Sinne des Gesetzes dürfen nur mit einer Genehmigung in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden. Eine Genehmigung ist dann möglich, wenn der Eingriff in den Streuobstbestand dem öffentlichen Interesse dient. Die Fläche erfüllt die Mindestgröße von mehr als 1.500 m<sup>2</sup>, um dem Schutzstatus des § 33a NatSchG BW zu unterliegen.

Es ist davon auszugehen, dass vor allem im Bereich der älteren Bäume eine hohe faunistische Diversität vorhanden ist. Aus diesem Grund wurden die Streuobstwiesen artenschutzrechtlich untersucht. Hierzu wurden insbesondere die Artengruppen der Fledermäuse sowie der Vögel genauer betrachtet. Dabei konnten nachweislichen bzw. potenziell vier Fledermausarten sowie 29 Vogelarten (davon neun wertgebenden Arten) erfasst werden (siehe Artenschutzrechtliches Fachgutachten des Büro Sieber, Fassung vom 18.12.2020). Die genauen Ergebnisse der artenschutzrechtlichen Kartierungen sowie Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen sind dem Fachgutachten des Büro Sieber zu entnehmen.

Ein Bauhof sowie eine Feuerwehr sind für Gemeinden unabdingbar es besteht ein überwiegendes öffentliches Interesse an der Errichtung eines neuen Feuerwehrhauses und Bauhofes gegenüber dem Erhalt des Streuobstbestandes. Eine Neuanlage und damit einhergehende Vergrößerung und Optimierung bringt viele Vorteile wie etwa eine schnellere Erreichbarkeit, mehr Stellplätze für Feuerwehr- und Gemeindefahrzeuge sowie Equipment für die Gemeinde mit sich.

Nach § 1 Abs. 2 Satz 1a BauGB ist der hinzukommende Versiehlungsgrad so gering wie möglich zu halten und ein schonender Umgang mit Boden vorgesehen.

Weitere alternative Standorte wurden bei einer Standortalternativenprüfung überprüft und aus verschiedenen Gründen wurde die genannte Fläche als die bevorzugte angenommen. Beispielsweise ist es aufgrund der von einer Feuerwehrstation ausgehenden Lärmemissionen sinnvoll eine Feuerwehr an den Ortsrand zu verlegen. Auch durch die an- und abfahrenden Fahrzeuge des Bauhofes, insbesondere in den Wintermonaten, sind deutliche Geräuschentwicklungen zu erwarten, welche durch die geplante Lage am Ortsrand von Grünkraut deutlich verträglicher für die Anwohner wäre.

### Ausgleichsfläche/Ersatzbiotop

**Lage:** Die geplante Ersatzfläche liegt auf Fl.-Nr. 421/2 Diese grenzt im Norden und Westen an die freie Landschaft an. Im Süden befindet sich eine Hofstelle in der Nähe der Ausgleichsfläche. Östlich in einem gewissen Abstand befindet sich die "Liebenhofer Straße" sowie der Hauptort Grünkraut.

Von Nordwesten nach Südosten verläuft eine Hochspannungsleitung über das Flurstück. Auf der südlichen Fläche des Flurstücks befinden sich bereits sieben Streuobstbäume.

**Fl.-Nr.:** 421/2 (Gemarkung Grünkraut)

Ausgleichskonzept: Auf der bisher intensiv genutzten Grünlandfläche der Fl.-Nr. 421/2 soll eine locker bepflanzte, hochstämmige Streuobstwiese entstehen. Die Standorte der Obstbäume können den Symbolen der Bilddokumentation entnommen werden.

Insgesamt wird auf Fl.-Nr. 421/2 eine Fläche von etwa 4.715 m<sup>2</sup> herangezogen, auf der Fläche sind 38 Obstbäume zu pflanzen sind. Dabei handelt es sich um den Ausgleich der 22 Bäume, die durch die 10. Änderung des bereits bestehenden Flächennutzungsplanes "Bauhof und Feuerwehrhaus" entfallen sollen und um 16 zusätzliche Bäume, welche aufgrund des Time-Lags zu pflanzen sind. Insgesamt entsteht so mit den sieben bereits auf der Fläche bestehenden Bäumen eine Streuobstwiese von 45 Bäumen.

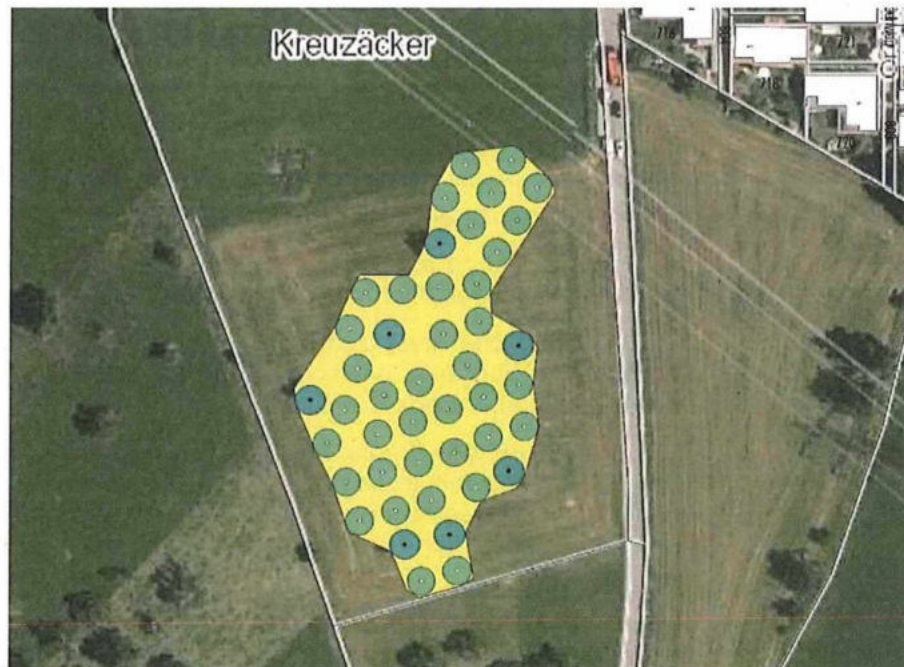
Die Pflanzung der Obstbäume schafft in angemessener Zeit ein gleichartiges Biotop, in dem auch die Ansiedlung wertgebender Arten wahrscheinlich ist. Darüber hinaus erweitert die Fläche den Lebensraum sowie das Jagdhabitat für Tierarten, welche in der südwestlich liegenden Streuobstwiese beheimatet sind. Streuobstwiesen werden zu den Kernflächen des Biotopverbunds mittlere Standorte gezählt. Deren Neuanlage stärkt bestehende Strukturen und schafft neue Verbundstrecken zu räumlich nahegelegenen, bestehenden Streuobstwiesen. Zur Anlage und Pflege der geplanten Maßnahme gilt es folgendes zu beachten:

- Zu pflanzen sind Obstbäume mit einer Stammhöhe von mind. 1,80 m; Stammumfang in 1 m Stammhöhe mind. 10-12 cm (2xv, H200-250, AstH 160 – 180); im Abstand von etwa 10x10 m (8 – 12 m) zueinander; 4 m Abstand zu den angrenzenden Ackerlandflächen). Die Pflanzung hat in den frühen Herbstmonaten zu erfolgen.
- Die Gehölze sind zu pflegen und zu schützen. Ausgefallene Exemplare sind in der folgenden Pflanzzeit zu ersetzen.
- Die Grünlandfläche muss zudem extensiv bewirtschaftet werden. Die Pflege erfolgt über eine zweischürige Mahd (1. Mahd nicht vor dem 15. Juni) mit Abräumung des Schnittgutes.
- Zur Umwandlung des Grünlands in extensives Grünland und einer Erhöhung der Artenvielfalt, ist im September 2023 eine Mahdgutübertragung von lokalen Spenderflächen vorgesehen. Die Abstimmung geeigneter Spenderflächen ist mit dem zuständigen Landschaftserhaltungsverband durchzuführen.
- Sofern geeignete Spenderflächen kleiner als die Ausgleichsfläche ausfallen, ist die Mahdgutübertragung so oft durchzuführen, bis die gesamte Ausgleichsfläche mit dem zu übertragenden Mahdgut abgedeckt wurden.
- Sollte keine Mahdgutübertragung möglich sein, ist in begründeten Fällen das Verwenden von autochthonen Saatgutmischungen mit mindestens 20 verschiedenen krautigen Pflanzenarten (Einjährige, Zweijährige, Gräser) zulässig. Voraussetzung für die Verwendung von autochthonem Saatgut ist der Abgleich mit der Positivliste für das Ursprungsgebiet 17 Südliches Alpenvorland.
- Die Saatgutmischung ist vorab zwingend mit der Unteren Naturschutzbehörde im Landratsamt Ravensburg abzustimmen. Zur Ausbringung des Saatgutes sind, nach Auswahl der geeigneten Saatgutmischung, auf den Ausgleichsflächen Ansaat-Streifen anzulegen. Die Ausrichtung der Ansaat-Streifen ist quer zu Bearbeitungsrichtung anzulegen. Die Fläche der räumlich getrennten Ansaat-Streifen beträgt mindestens 25 % der Ausgleichsfläche.

- Einsatz von Dünger oder Pflanzenschutzmitteln ist unzulässig, nach Rücksprache mit der Unteren Naturschutzbehörde ist im Abstand mehrerer Jahre bei Bedarf eine Festmistdüngung zulässig.
- Im Bedarfsfall, um gegen übermäßigen Mäusebefall vorzugehen ist das Ausmähen der Bäume mit etwa 1,5 m großen Mähkreisen um den Stamm zulässig.
- Die Pflegemaßnahmen der zu pflanzenden Streuobsthochstämme sind zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG i.v.m. § 39 Abs. 5 BNatSchG außerhalb der Brutzeit von Vögeln zwischen dem 01.10. und dem 28.02. des jeweiligen Jahres durchzuführen.
- Die Rodung der bestehenden Bäume soll im zeitigen Frühjahr 2025 stattfinden, die Neupflanzung der Streuobstwiese ist 2024 geplant.

Sicherung: Zur Sicherung der Ausgleichsmaßnahme wird ein Grundbucheintrag unter Beilage des Antrags zur Umwandlungsgenehmigung erstellt.

Bilddokumentation:



Flurstück 421/2

Antrag  
aufgestellt am: 08.08.2024

Durch: Sieber Consult GmbH, Lindau (B) / [REDACTED]

Antrag  
eingereicht am: 08.08.2024

Durch: Sieber Consult GmbH, Lindau (B) / [REDACTED]

**Von:**  
**Gesendet:**  
**An:**  
**Cc:**  
**Betreff:**

Montag, 1. September 2025 12:54

**Anlagen:**

WG: BP "Neubau Feuerwehrhaus und gemeinsamer Bauhof", Gemeinde Grünkraut – zur frühzeitigen Behördenunterrichtung  
AW: Machbarkeitsuntersuchung "Verlegung Bauhof und Feuerwehr", Gemeinde Grünkraut – zur frühzeitigen Behördenbeteiligung

Sehr geehrter Herr

Zu dem o. g. Bebauungsplan haben wir bereits Stellung bezogen, siehe auch Anhang.  
Diese Stellungnahme gilt bis auf weiteres uneingeschränkt.

Die entsprechenden Pläne können bei Bedarf unter <https://trassenauskunftkabel.telekom.de/> eingesehen werden.

Grundsätzlich gilt: Der Bestand und der Betrieb der vorhandenen TK-Linien müssen weiterhin gewährleistet bleiben und dürfen nicht überbaut werden.

Mit freundlichen Grüßen

DEUTSCHE TELEKOM TECHNIK GMBH  
Technik Niederlassung Südwest  
Strukturplanung Breitband

Hausadresse: Sauterleutestr. 36; 88250 Weingarten

Postadresse: Karlstr. 84; 72766 Reutlingen

**ERLEBEN, WAS VERBINDET.**

Die gesetzlichen Pflichtangaben finden Sie unter:  
[www.telekom.de/pflichtangaben-dttechnik](http://www.telekom.de/pflichtangaben-dttechnik)

**Von:** Beteiligungsversand Sieber Consult GmbH <beteiligung@sieberconsult.eu>

**Gesendet:** Mittwoch, 13. August 2025 12:11

**An:** Abteilung 9 (RPF) - Kopfstelle LVN <abteilung9@rpf.bwl.de>; FPT Bauleitplanung (RPT) <bauleitplanung@rpt.bwl.de>; FPS - TöB-Beteiligung LAD (RPS) <toeb-beteiligunglad@rps.bwl.de>; info@rvbo.de; info@naturfreunde-wuerttemberg.de; lbv@lbv-bw.de; NABU Baden-Württemberg <nabu@nabu-bw.de>; FMB T NL Südwest PTI 32 Bauleitplanung <T\_NL\_Suedwest\_Pti\_32\_Bauleitplanung@telekom.de>; leitungsauskunft@amprion.net; Netzplanung Süd <netzplanung-sued@netze-bw.de>; bauleitplanung@transnetbw.de; ND, ZentralePlanung, Vodafone <zentraleplanung.nd@vodafone.com>; info@oberschwaben.net; stellungnahmen@thuega-netze.de; bauantrag@tw-netz.de; gemeindeverwaltung@schlier.de; stadtplanungsamt@ravensburg.de; info@gvv-gullen.de

**Cc:**

**Betreff:** BP "Neubau Feuerwehrhaus und gemeinsamer Bauhof", Gemeinde Grünkraut – zur frühzeitigen Behördenunterrichtung

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter folgendem Link erhalten Sie die Unterlagen zum Bebauungsplan "Neubau Feuerwehrhaus und gemeinsamer Bauhof" und die örtlichen Bauvorschriften hierzu, Gemeinde Grünkraut – Unterrichtung und Aufforderung zur Äußerung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB).

<https://bsieber.sharepoint.com/:f:/s/Beteiligungsversand/Eiqd8VwoXCFOoD5Ldg8OPeoBZ0xssbAy4OPnpAXOGuUQWg?e=NNx9YY>

Mit freundlichen Grüßen

Sieber Consult GmbH | Am Schönbühl 1 | 88131 Lindau  
Stadtplanung | Artenschutz | Immissionsschutz | Landschaftsplanung

**SIEBER CONSULT** Sieber Consult GmbH; Geschäftsführung: Dipl.-Ing. Markus Daffner  
Gesellschaftssitz: Lindau; Amtsgericht: Kempten (Allgäu) HRB 15447

Ihre digitale Tür zu uns!



← klick me

Erfahren Sie mehr über uns, unsere Arbeit und unsere Werte – jetzt auf unserer Website!



**Von:** IMCEAEX-\_O=EXCHANGELABS\_OU=EXCHANGE+20ADMINISTRATIVE+20GROUP+20+28FYDIBOHF23SPDLT+29

**Gesendet:** Mittwoch, 8. Mai 2019 16:31

**An:**  
**Betreff:** AW: Machbarkeitsuntersuchung "Verlegung Bauhof und Feuerwehr",  
Gemeinde Grünkraut - zur frühzeitigen Behördenbeteiligung  
**Anlagen:** DT\_Bestand\_Machbarkeitssstudie, Verlegung Bauhof u. Feuerwehr, Grünkraut.pdf

Sehr geehrte Damen und Herren,  
Sehr geehrter Frau

Wir danken für die wir Zusendung der Unterlagen zur Machbarkeitsuntersuchung "Verlegung Bauhof und Feuerwehr",  
Gemeinde Grünkraut - zur frühzeitigen Behördenbeteiligung  
Gegen die Verlegung des Bauhofs und der Feuerwehr haben wir keine Einwände

Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom, die aus beigefügtem Plan ersichtlich sind.  
Der Bestand und der Betrieb der vorhandenen TK-Linien müssen weiterhin gewährleistet bleiben.  
Diese Telekommunikationslinien werden voraussichtlich nicht für die Versorgung dieser beiden Gewerke ausreichen.

Zur Versorgung des Neubaugebietes mit Telekommunikationsinfrastruktur durch die Telekom ist die Verlegung neuer Telekommunikationslinien  
im Plangebiet und eventuell außerhalb des Plangebiets erforderlich.

Die entsprechenden Pläne können jeweils aktuell bei uns unter [Planauskunft.Suedwest@telekom.de](mailto:Planauskunft.Suedwest@telekom.de) abgefragt werden.

Für die Versorgung des geplanten Parkhauses ist jedoch unser Bauherrenservice zuständig.  
Hierzu setzen Sie Sich mit der u. aufgeführten Adresse in Verbindung.

Hinweis:  
Achtung seit 01.12.2013 neues Funktionspostfachadresse ! Bitte nur noch diese benützen.  
Bitte alle neuen Anfragen zukünftig an das neue Funktionspostfach senden. Es lautet:

[T-NI-Sw-Pti-32-Bauleitplanung@telekom.de](mailto:T-NI-Sw-Pti-32-Bauleitplanung@telekom.de)

Für einzelne Gebäudeanschlüsse setzen Sie Sich bitte mit folgenden Kontaktadressen in Verbindung:

Die Kontaktdaten lauten:

Email: [Bbb-Donaueschingen@telekom.de](mailto:Bbb-Donaueschingen@telekom.de).

Tel. +49 800 3301903

Web: [http://www.telekom.de/umzug/bauherren?wt\\_mc=alias\\_1156\\_bauherren](http://www.telekom.de/umzug/bauherren?wt_mc=alias_1156_bauherren).

Anlagen: Lagepläne Telekomanlagen ( Bestand )

Mit freundlichen Grüßen

**ERLEBEN, WAS VERBINDET.**

Die gesetzlichen Pflichtangaben finden Sie unter:

[www.telekom.de/pflichtangaben-dttechnik](http://www.telekom.de/pflichtangaben-dttechnik)

---

**Von:** FMB T NL SW PTI 32 Bauleitplanung

**Gesendet:** Donnerstag, 4. April 2019 13:43

**An:** [REDACTED]

**Betreff:** WG: Machbarkeitsuntersuchung "Verlegung Bauhof und Feuerwehr", Gemeinde Grünkraut - zur frühzeitigen Behördenbeteiligung

**Von:** [REDACTED]

**Gesendet:** Donnerstag, 4. April 2019 10:24

**An:** FMB T NL SW PTI 32 Bauleitplanung <[T-NI-Sw-Pti-32-Bauleitplanung@telekom.de](mailto:T-NI-Sw-Pti-32-Bauleitplanung@telekom.de)>;  
[zentraleplanungnd@unitymedia.de](mailto:zentraleplanungnd@unitymedia.de)

**Cc:** [REDACTED]

**Betreff:** Machbarkeitsuntersuchung "Verlegung Bauhof und Feuerwehr", Gemeinde Grünkraut - zur frühzeitigen Behördenbeteiligung

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Anhang erhalten Sie die Unterlagen zur Machbarkeitsuntersuchung "Verlegung Bauhof und Feuerwehr", Gemeinde Grünkraut – Unterrichtung und Aufforderung zur Äußerung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) (EAG-Bau).

Bei Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Falls Sie vergessen haben sollten, die Lesebestätigung an uns zurück zu schicken, bitten wir Sie höflichst, den Empfang dieser E-Mail zu bestätigen.

**Büro Sieber**

Stadtplanung | Landschaftsplanung | Artenschutz | Immissionsschutz  
Hubert Sieber Dipl.-Ing. Stadtplaner Architekt Regierungsbaumeister  
Am Schönbühl 1  
88131 Lindau (B)  
tel.: 0 83 82 / 2 74 05 - 0  
fax: 0 83 82 / 2 74 05 - 99  
email: [info@buerosieber.de](mailto:info@buerosieber.de)  
web: [www.buerosieber.de](http://www.buerosieber.de)





.....T.....

AT/Vh-Bez.: Kein aktiver Auftrag		AT/Vh-Nr.: Kein aktiver Auftrag	
TI NL	Südwest		
PTI	Donaueschingen		
ONB	Ravensburg	AsB	6
Bemerkung:		VsB	751D
		Name	
		Datum	08.05.2019
		Sicht	Lageplan
		Maßstab	1:2000
		Blatt	1

Amprion GmbH, Robert-Schuman-Straße 7, 44263 Dortmund

Sieber Consult GmbH  
Am Schönbühl 1  
88131 Lindau

Asset Management

Ihr Zeichen	[REDACTED]
Ihre Nachricht	13.08.2025
Unsere Zeichen	A-BB/4509/Bn/215.952
Nam	[REDACTED]
Telef	[REDACTED]
Telef	[REDACTED]
E-M	[REDACTED]

Dortmund, 29. August 2025

Seite 1 von 2

**Bebauungsplan „Neubau Feuerwehrhaus und gemeinsamer Bauhof“ Gemeinde Grünkraut**  
**hier: Unterrichtung und Aufforderung zur Äußerung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB 220-/380-kV-Gemeinschaftsleitung Amprion/TransnetBW Herbertingen – Bundesgrenze (Bludenz), Bl. 4509 (Maste 1151 bis 1153)**

**Amprion GmbH**

Robert-Schuman-Straße 7  
44263 Dortmund  
Germany

T +49 231 5849-0  
F +49 231 5849-14188

[www.amprion.net](http://www.amprion.net)

[www.twitter.com/Amprion](https://www.twitter.com/Amprion)

**Aufsichtsratsvorsitzender:**  
Uwe Tigges

**Geschäftsführung:**  
Dr. Christoph Müller (Vorsitzender)  
Dr. Hendrik Neumann  
Peter Rüth

**Sitz der Gesellschaft:**  
Dortmund  
Eingetragen beim  
Amtsgericht Dortmund  
Handelsregister-Nr.  
HRB 15940

**Bankverbindung:**  
Commerzbank AG Dortmund  
IBAN:  
DE27 4404 0037 0352 0087 00  
BIC: COBADEFFXXX  
UST.-IdNr. DE 8137 61 356

**Lobbyregister-Nr.:**  
R002477

**EU-Transparenzregister-Nr.:**  
426344123116-68

Sehr geehrte Damen und Herren,

über den Geltungsbereich der o. g. Bauleitplanung verlaufen keine Höchstspannungsleitungen unseres Unternehmens.

Gemäß Ihrem Anschreiben auf Seite 2 ist es jedoch geplant, auf dem Grundstück Gemarkung Grünkraut, Flurstück 421/2, einen Ausgleich (Biotopverlegung) für den Wegfall der Streuobstwiese zu schaffen.

Über das Grundstück verläuft unsere im Betreff genannte Höchstspannungsfreileitung. Auf dem Flurstück befindet sich ebenfalls der Standort unseres Höchstspannungsmasten 1152.

Die Leitungsführung mit Leitungsmittellinie, Maststandorten und Schutzstreifengrenzen können Sie unserem beigefügten Lageplan im Maßstab 1 : 2000 entnehmen. Wir weisen jedoch darauf hin, dass sich die tatsächliche Lage der Leitung ausschließlich aus der Örtlichkeit ergibt.

Zur Sicherung der bestehenden Höchstspannungsfreileitung sind im Grundbuch beschränkte persönliche Dienstbarkeiten eingetragen.

In den Dienstbarkeiten ist vereinbart, dass die entsprechenden Grundstücke für den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung von Höchstspannungsfreileitungen mit dazugehörigen Masten und ihrem Zubehör einschließlich Fernmeldeluftkabel in Anspruch genommen und betreten werden dürfen. Im Schutzstreifen ist die Errichtung von Bauwerken unstatthaft.

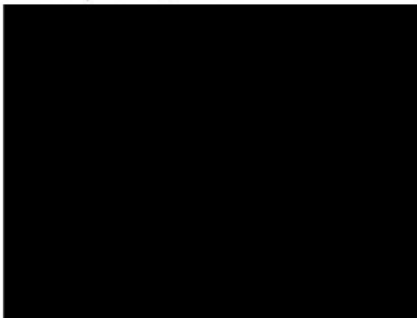
Bei den geplanten Kompensationsmaßnahmen machen wir darauf aufmerksam, dass nach § 4 BNatSchG Flächen, die ausschließlich oder überwiegend der Versorgung dienen – einschließlich der hierfür als schutzbedürftig erklärten Gebiete – und die Flächen, die in einem verbindlichen Plan für die genannten Zwecke ausgewiesen sind, in ihrer bestimmungsgemäßen Nutzung nicht beeinträchtigt werden dürfen. Aus diesem Grund können wir uns mit der geplanten Biotopverlegung im Leitungsschutzstreifen nicht einverstanden erklären.

Wir bitten darum, den Schutzstreifen von allen Maßnahmen freizuhalten und dies bei Ihren weiteren Planungen zu berücksichtigen.

Des Weiteren bitten wir um weitere Beteiligung an dem Verfahren und stehen Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Amprion GmbH



Anlage:  
Lageplan 1 : 2000

Verteiler:  
Bl. 4509





220-/380-kV-Gemeinschaftsleitung  
mit Transnet BW GmbH  
**Herbertingen - Bundesgrenze (Bludenz)**  
**BI.4509**

Abschnitt: Pkt. Grünkraut ENBW-Anl. - Bundesgrenze

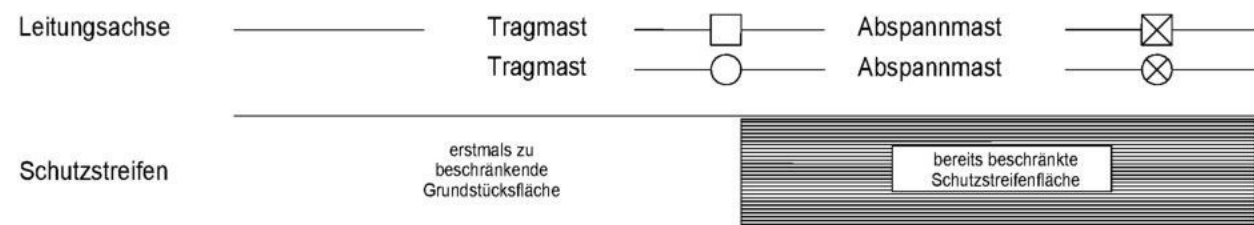
**Lageplan**

1:2000

von Mast Nr. Po./1150 bis Mast Nr. 1157

Gemarkung : GRÜNKRAUT  
Gemeinde : Grünkraut  
Verbandsgmd. : GVV Gullen  
Kreis : Ravensburg  
Reg.-Bez. : Tübingen  
Land : Baden-Württemberg

Katasteramt : Ravensburg  
Grundbuchamt : Ravensburg



Geändert:

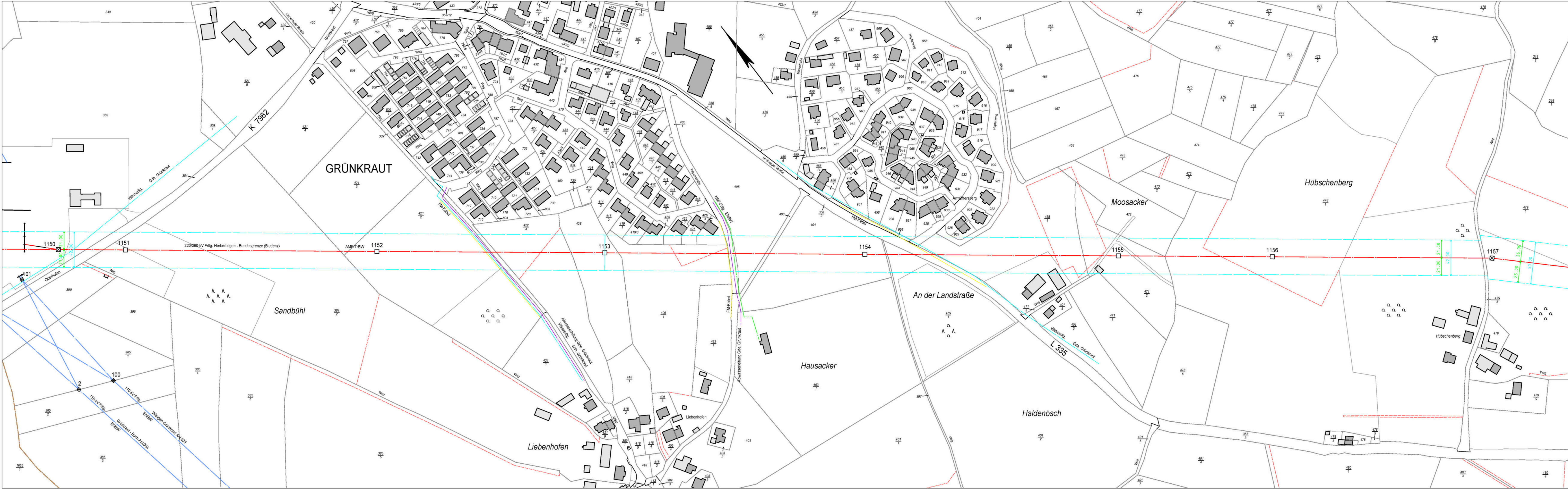
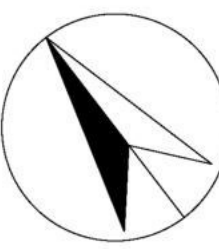
Geändert:

Geändert:

Geändert:

Ausgabe: 29.08.25 11:55:54

Erstellt: 02.02.98 19:02:50





# INFORMATION ZUM DATENSCHUTZ

HINWEISE ÜBER DIE NUTZUNG

IHRER DATEN BEI DER AMPRION GMBH

Juli 2022

# Information zum Datenschutz nach Art. 13 und 14 DSGVO

Datenschutz ist uns wichtig. Mit den nachfolgenden Hinweisen möchten wir Sie über die Nutzung Ihrer Daten bei der Amprion GmbH informieren.

## 1. Verantwortliche Stelle

Verantwortliche Stelle für die Verarbeitung Ihrer Daten im Sinne der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) ist die

Amprion GmbH  
Robert-Schuman-Straße 7  
44263 Dortmund  
E-Mail: [datenschutz@amprion.net](mailto:datenschutz@amprion.net)  
Fax: +49 231 5849 11139

## 2. Datenschutzbeauftragter

Der Datenschutzbeauftragte der Amprion GmbH  
c/o migosens GmbH  
Wiesenstr. 35  
45473 Mülheim an der Ruhr  
E-Mail: [dsb-amprion@migosens.net](mailto:dsb-amprion@migosens.net)  
Tel: +49 (0) 208-99395110  
Fax: +49 (0) 208-99395119

## 3. Umfang der Verarbeitung personenbezogener Daten

Als unabhängiger Übertragungsnetzbetreiber plant, baut und betreibt Amprion Übertragungsnetze im Strombereich zur Erfüllung der gesetzlichen Aufträge zum Netzausbau und Netzbetrieb. Wir erheben und verwenden Ihre personenbezogenen Daten grundsätzlich nur, soweit dies zur Erfüllung unserer geschäftlichen Aufgaben erforderlich ist. Die personenbezogenen Daten sind z. B. in folgende Kategorien einzuordnen:

Datenkategorie	Beispiel
Personenstammdaten	Anrede, Name, Titel und Geburtsdatum
Kommunikations- und Kontaktdaten	E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Adresse
Vertragspartnerdaten	Firma, Branche, Position, Ansprechpartner
Vertragsstammdaten	Vertragsnummer, Vertragsbeginn/-ende, Vertragstyp, Stand des Vertrags
Zahlungsverkehrsdaten	Konto-/Kreditkarten-Nummer, IBAN, Verwendungszweck, Transaktionsdaten
Sonstige Daten	Flurstückdaten

## 4. Quellen personenbezogener Daten

Quellen personenbezogener Daten können z. B. kommerzielle Datenportale (Datendienste von Dienstleistern), Flurbereinigungsbehörden, Katasterämter, Meldeämter, Steuerämter und Grundbuchämter sein.

## 5. Rechtsgrundlagen für die Zwecke der Datenverarbeitung

Die Verarbeitung personenbezogener Daten benötigt für eine zulässige Datenverarbeitung stets eine Rechtsgrundlage. Folgende Rechtsgrundlagen sind für unsere Verarbeitungszwecke zu beachten:

Verarbeitungszwecke (Beispielhafte Auflistung der Zwecke)	Rechtsgrundlage
Einwilligung in zustimmungspflichtige Cookies	<u>Einwilligung:</u> Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO
Verträge werden für die Vertragsdurchführung archiviert	<u>Erfüllung eines Vertrages oder der Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen:</u> Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO
Verarbeitung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit unserem Projektgeschäft	<u>Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung:</u> Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO
Verarbeitung personenbezogener Daten im Kontext der Stakeholderkommunikation	<u>Verarbeitung ist zur Wahrung der berechtigten Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten erforderlich:</u> Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO
Verarbeitung von Daten zur politischen Meinung, wie etwa der Parteizugehörigkeit	<u>Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten:</u> Die Amprion GmbH verarbeitet grds. keine besonderen Kategorien personenbezogener Daten im Sinne des Art. 9 Abs. 1 DSGVO. Sofern dies jedoch im Einzelfall erforderlich ist, erfolgt die Verarbeitung ausschließlich unter Berücksichtigung von Art. 9 Abs. 2 DSGVO.

## 6. Empfänger personenbezogener Daten

Innerhalb unseres Unternehmens erhalten diejenigen Stellen Zugriff auf die Daten, die diese zur Erfüllung der oben genannten Zwecke benötigen. Das gilt auch für von uns eingesetzte Dienstleister und Erfüllungsgehilfen. Personenbezogene Daten werden von uns an Dritte nur übermittelt, wenn dies für die vorgenannten Zwecke erforderlich ist oder Sie zuvor eingewilligt haben. Auftragsverarbeiter werden nach den Vorgaben des Art. 28 DSGVO eingebunden.

Empfänger der personenbezogenen Daten können z. B. Planungs- und Ingenieurbüros, Sachverständige, Baufirmen, Behörden, Gerichte, Notariate und Netzbetreiber sein.

## **7. Übermittlung in ein Drittland**

Personenbezogene Daten werden nach den Vorgaben des Kapitel 5 DSGVO und nur dann in Länder außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums oder an eine internationale Organisation weitergeleitet, wenn dies zur Erfüllung des Vertrages oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen notwendig ist, die Übermittlung gesetzlich vorgeschrieben ist oder uns eine Einwilligung von Ihnen vorliegt.

## **8. Dauer der Datenspeicherung**

Ihre personenbezogenen Daten werden gelöscht, sobald der Zweck der Speicherung entfällt. Eine Speicherung kann darüber hinaus dann erfolgen, wenn dies durch den europäischen oder nationalen Gesetzgeber in unionsrechtlichen Verordnungen, Gesetzen oder sonstigen Vorschriften, denen wir als Verantwortliche unterliegen, vorgesehen wurde. Eine Löschung der Daten erfolgt auch dann, wenn eine durch die genannten Normen vorgeschriebene Speicherfrist abläuft, es sei denn, dass eine Erforderlichkeit zur weiteren Speicherung der Daten für einen Vertragsabschluss oder eine Vertragserfüllung besteht.

## **9. Auskunftsrecht, Recht auf Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung, Löschung, Widerspruch und Widerruf der Einwilligung**

Ihnen steht ein Auskunftsrecht bezüglich der über Sie gespeicherten personenbezogenen Daten, deren Herkunft und Empfänger sowie den Zweck der Speicherung zu. Sie können Berichtigung oder Löschung bzw. Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten verlangen, sofern die Daten sachlich falsch sind oder deren Verarbeitung nicht (mehr) zulässig ist. Eine Einschränkung der Verarbeitung kann Ihnen auch dann zustehen, wenn die Amprion GmbH die Daten zwar nicht mehr benötigt, Sie diese Daten allerdings zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen. Sollten wir Ihre Daten auf Grundlage einer Interessenabwägung verarbeiten, haben Sie das Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung. Sie haben das Recht, Ihre datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

Ebenso haben Sie das Recht auf Datenübertragbarkeit. Für die Wahrnehmung Ihrer Rechte nutzen Sie bitte die unter Nr. 12 genannten Kontaktdaten.

## **10. Bestehen eines Beschwerderechts gegenüber einer Aufsichtsbehörde**

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs steht Ihnen das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, zu, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.

## **11. Kontaktinformation für den Fall einer Beschwerde**

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen  
Kavalleriestraße 2-4  
40213 Düsseldorf

## **12. Kontaktinformation der Amprion GmbH**

Sie können uns per E-Mail, Fax oder Brief an folgende Kontaktdaten hierzu ansprechen:

Amprion GmbH  
Robert-Schuman-Straße 7  
44263 Dortmund  
E-Mail [datenschutz@amprion.net](mailto:datenschutz@amprion.net)  
Fax: +49 231 5849 11139

## **13. Erforderlichkeit der Bereitstellung personenbezogener Daten**

Es existieren weder gesetzliche noch vertragliche Vorgaben in Bezug auf die Bereitstellung personenbezogener Daten zur Vertragsbegründung, -durchführung und -erfüllung sowie in Bezug auf die Erfüllung vorvertraglicher Maßnahmen. Damit besteht für Sie keine Verpflichtung zur Bereitstellung personenbezogener Daten. Es ist jedoch zu beachten, dass die Angaben für vorvertragliche Maßnahmen sowie für die Entscheidung über einen Vertragsschluss und dessen Durchführung notwendig sind. Es können ggf. keine Entscheidungen über vertragliche Maßnahmen getroffen werden, sofern keine Bereitstellung personenbezogener Daten erfolgt. Wir raten Ihnen, nur solche Angaben zu personenbezogenen Daten zu machen, die für vorvertragliche Maßnahmen, den Vertragsschluss und dessen Durchführung notwendig sind.



**Von:** BAULEITPLANUNG TRANSNETBW <bauleitplanung@transnetbw.de>  
**Gesendet:** Dienstag, 2. September 2025 15:33  
**An:** [REDACTED]  
**Cc:** [REDACTED]  
**Betreff:** AW: BP "Neubau Feuerwehrhaus und gemeinsamer Bauhof", Gemeinde Grünkraut – zur frühzeitigen Behördenunterrichtung

**Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften „Neubau Feuerwehrhaus und gemeinsamer Bauhof“ in Grünkraut  
Hier – Stellungnahme zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben Ihre Unterlagen dankend erhalten und mit unserer Leitungsdokumentation abgeglichen. Im geplanten Geltungsbereich des o.g. Bebauungsplanes betreibt und plant die TransnetBW GmbH keine Höchstspannungsfreileitung.

Im Umweltbericht sind derzeit noch keine konkreten Flächen für CEF- bzw. Ausgleichsmaßnahmen vorgesehen. Sollten diese Flächen zukünftig innerhalb des Schutzstreifens einer unserer Höchstspannungsfreileitungen geplant werden, muss eine erneute Beteiligung erfolgen, da es ansonsten zu vermeidbaren Konflikten kommen kann. Betrachten Sie diese Stellungnahme dementsprechend als vorläufig – basierend auf der derzeitigen Informationslage.

Wir bitten um die weitere Beteiligung an Ihrem Verfahren.

Freundliche Grüße

**TransnetBW GmbH**  
Look 21  
Heilbronner Str. 51-55  
70191 Stuttgart

TransnetBW GmbH / Sitz der Gesellschaft: Stuttgart / Registergericht Stuttgart - HRB Nr. 740510  
Vorsitzender des Aufsichtsrats: Dirk Güsewell  
Geschäftsführer: Dr. Werner Götz (Vorsitzender), Michael Jesberger, Dr. Rainer Pflaum  
Die Datenschutzinformationen der TransnetBW finden Sie hier: <https://transnetbw.de/de/datenschutz>

**#SieKönnenDas – Werden Sie Teil der Energiewende!**  
**Jetzt bewerben unter [www.transnetbw.de/karriere](http://www.transnetbw.de/karriere).**

Besuchen Sie uns auf [LinkedIn](#), [Twitter](#), [XING](#) und [YouTube](#).

**Von:** Beteiligungsversand Sieber Consult GmbH <beteiligung@sieberconsult.eu>  
**Gesendet:** Mittwoch, 13. August 2025 12:11  
**An:** Abteilung 9 (RPF) - Kopfstelle LVN <abteilung9@rpf.bwl.de>; FPT Bauleitplanung (RPT) <bauleitplanung@rpt.bwl.de>; FPS - TöB-Beteiligung LAD (RPS) <toeb-beteiligunglad@rps.bwl.de>; info@rvbo.de; info@naturfreunde-wuerttemberg.de; lbv@lbv-bw.de; NABU Baden-Württemberg <nabu@nabu-bw.de>; t\_nl\_suedwest\_pti\_32\_bauleitplanung@telekom.de; leitungsauskunft@amprion.net; Netzplanung Süd <netzplanung-sued@netze-bw.de>; BAULEITPLANUNG TRANSNETBW <bauleitplanung@transnetbw.de>; ND,



ZentralePlanung, Vodafone <zentraleplanung.nd@vodafone.com>; info@oberschwaben.net;  
stellungnahmen@thuega-netze.de; bauantrag@tw-netz.de; gemeindeverwaltung@schlier.de;  
stadtplanungsamt@ravensburg.de; info@gv-gullen.de

Cc: [REDACTED]  
**Betreff:** BP "Neubau Feuerwehrhaus und gemeinsamer Bauhof", Gemeinde Grünkraut – zur frühzeitigen  
Behördenunterrichtung

Sehr geehrte Damen und Herren,

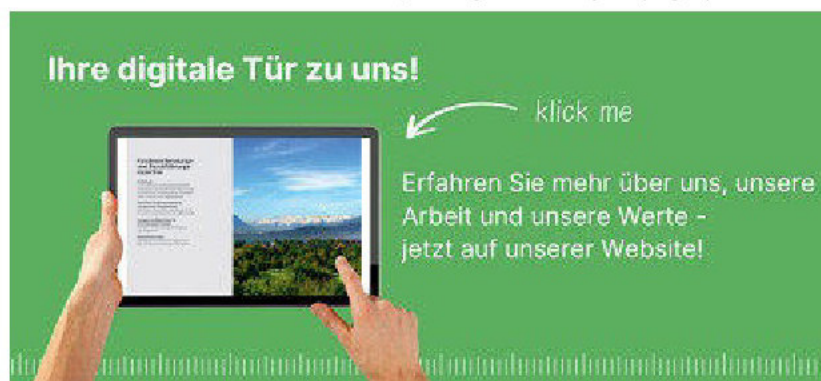
unter folgendem Link erhalten Sie die Unterlagen zum Bebauungsplan "Neubau Feuerwehrhaus und gemeinsamer  
Bauhof" und die örtlichen Bauvorschriften hierzu, Gemeinde Grünkraut – Unterrichtung und Aufforderung zur  
Äußerung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB).

<https://bsieber.sharepoint.com/:f/s/Beteiligungsversand/Eiqd8VwoXCFOoD5Ldg8OPeoBZ0xssbAy4OPnpAXOGuUQWg?e=NNx9YY>

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]  
Sieber Consult GmbH | Am Schönbusch 1 | 88131 Lindau  
Stadtplanung | Artenschutz | Immissionsschutz | Landschaftsplanung

**SIEBER CONSULT** Sieber Consult GmbH; Geschäftsführung: Dipl.-Ing. Markus Daffner  
Gesellschaftssitz: Lindau; Amtsgericht: Kempten (Allgäu) HRB 15447



**Von:** ND, ZentralePlanung, Vodafone <ZentralePlanung.ND@Vodafone.com >  
**Gesendet:** Freitag, 5. September 2025 13:52  
**An:** [REDACTED]  
**Cc:** [REDACTED]  
**Betreff:** Stellungnahme OEG-32299, Vodafone West GmbH, BP "Neubau  
Feuerwehrhaus und gemeinsamer Bauhof", Gemeinde Grünkraut – zur  
frühzeitigen Behördenunterrichtung  
**Anlagen:** 02\_VF\_Kabelschutzanweisung\_10.11.2022.pdf; 03  
\_VF\_GmbH\_Kabelschutzanweisung\_Juni\_2021.pdf; 04  
\_VF\_Planauskunft\_Datenschutz\_10.11.2022.pdf; 01\_Nutzungsbedingungen\_  
10.11.2022.pdf

Vodafone West GmbH | Ferdinand-Braun-Platz 1 | D-40549 Düsseldorf E-Mail: [ZentralePlanung.ND@vodafone.com](mailto:ZentralePlanung.ND@vodafone.com)  
Vorgangsnummer: OEG-32299

Gemeinde Grünkraut  
Scherzachstraße 2  
88287 Grünkraut

Datum 11.09.2023

**BP "Neubau Feuerwehrhaus und gemeinsamer Bauhof", Gemeinde Grünkraut – zur frühzeitigen Behördenunterrichtung**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 12.08.2025.

Ihre Anfrage wurde zur Weiterbearbeitung an die zuständige Fachabteilung weitergeleitet, die sich bei Bedarf mit Ihnen zu gegebener Zeit in Verbindung setzen wird.

Vor Baubeginn sind aktuelle Planunterlagen vom ausführenden Tiefbauunternehmen anzufordern.

Unsere kostenlosen Planauskünfte sind erreichbar via Internet über die Seite:

<https://www.vodafone.de/immobilienwirtschaft/hilfe/planauskunft/index.html>

Dort kann man sich einmalig registrieren lassen und Planauskünfte einholen.

**Bitte beachten Sie:**

Es müssen aktuell immer zwei Planauskünfte für Bestandsnetz der Vodafone Deutschland GmbH und Vodafone GmbH / Vodafone West GmbH angefordert werden.

Herzlichen Dank!

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Bitte geben Sie dabei immer unsere obenstehende Vorgangsnummer an.

**Bitte beachten Sie:**

Bei einer Stellungnahme, z.B. wegen Umverlegung, Mitverlegung, Baufeldfreimachung, etc. oder eine Koordinierung/Abstimmung zum weiteren Vorgehen, dass die verschiedenen Vodafone-Gesellschaften trotz der Fusion hier

noch separat Stellung nehmen. Demnach gelten weiterhin die bisherigen Kommunikationswege. Wir bitten dies für die nächsten Monate zu bedenken und zu entschuldigen.

Mit freundlichen Grüßen

Vodafone West GmbH

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.



**Order Entry**

[ZentralePlanung.ND@vodafone.com](mailto:ZentralePlanung.ND@vodafone.com)

Vodafone West GmbH, Ferdinand-Braun-Platz 1, 40549 Düsseldorf

[vodafone.de/business](https://vodafone.de/business)

**Together we can**

**Vodafone West GmbH**

Ferdinand-Braun-Platz 1, D-40549 Düsseldorf

vodafone.de

Handelsregister: Amtsgericht Düsseldorf, HRB 95209

Sitz der Gesellschaft: Düsseldorf

Geschäftsführer/innen: Marcel de Groot, Ulrich Irnich, Carmen Velthuis

Vorsitzende des Aufsichtsrates: Stefanie Reichel

Steuernummer: 103/5700/2180

[REDACTED]

---

**Von:**

**Gesendet:**

[REDACTED]  
Donnerstag, 14. August 2025 13:47

**An:**

**Betreff:**

[REDACTED]  
WG: BP "Neubau Feuerwehrhaus und gemeinsamer Bauhof", Gemeinde  
Grünkraut – zur frühzeitigen Behördenunterrichtung  
Anlagen: Ausführungsplanung\_Mitverlegung\_Friedach.pdf

---

**Von:**

[REDACTED]  
**Gesendet:** Donnerstag, 14. August 2025 13:09

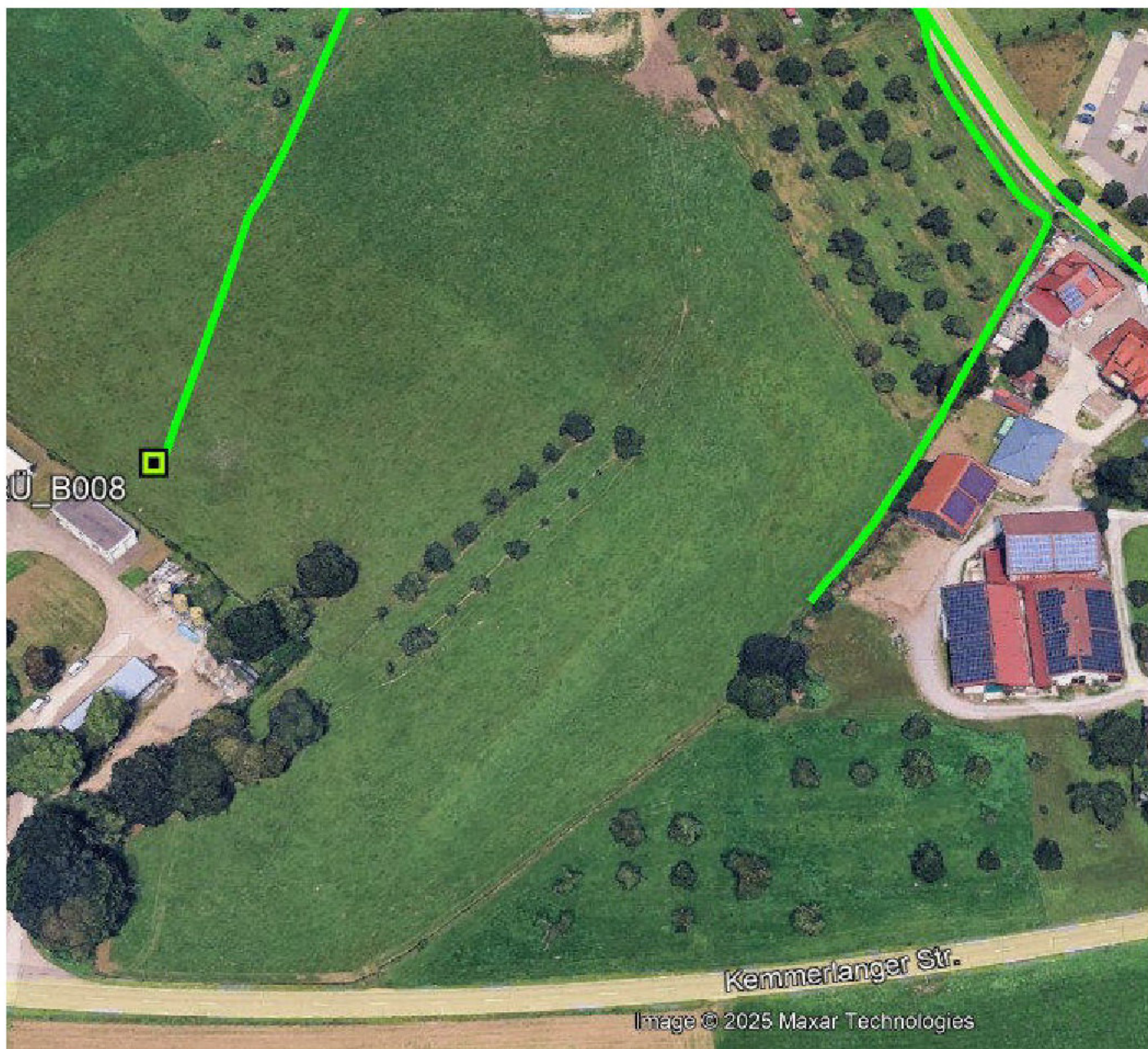
**An:** Beteiligungsversand Sieber Consult GmbH <beteiligung@sieberconsult.eu>

**Betreff:** BP "Neubau Feuerwehrhaus und gemeinsamer Bauhof", Gemeinde Grünkraut – zur frühzeitigen  
Behördenunterrichtung

Sehr geehrte Frau [REDACTED]

anbei erhalten Sie die uns vorliegenden Unterlagen im von Ihnen angefragten Bereich. Diese und alle  
bereits in Betrieb befindlichen Leitungen sind zwingend zu erhalten!





Die Auskunftspflicht für in Betrieb befindliche Anlagen obliegt den Netzbetreibern NetCom BW und TeleData.

Anbei erhalten Sie einen Link auf unsere Homepage mit weiteren Informationen zur Netzauskunft.

<https://www.oberschwaben.net/service-info/netzauskunft-gis>

Vielen Dank für ihr Verständnis!

Mit freundlichen Grüßen



Zweckverband Breitbandversorgung  
Im Landkreis Ravensburg  
Schwommengasse 2  
88273 Fronreute



Dienstsitz und Rechnungsanschrift:  
Hindenburgstr. 3  
88361 Altshausen



\*\*\*\*\*

Bitte beachten Sie:

Ich befinde mich vom 20.08.2025 bis einschließlich 12.09.2025 im Urlaub.

Ab dem 15.09.2025 bin ich wieder für Sie da.

\*\*\*\*\*

---

**Von:** Beteiligungsversand Sieber Consult GmbH <[beteiligung@sieberconsult.eu](mailto:beteiligung@sieberconsult.eu)>

**Gesendet:** Mittwoch, 13. August 2025 12:11

**An:** Abteilung 9 (RPF) - Kopfstelle LVN <[abteilung9@rpf.bwl.de](mailto:abteilung9@rpf.bwl.de)>; FPT Bauleitplanung (RPT) <[bauleitplanung@rpt.bwl.de](mailto:bauleitplanung@rpt.bwl.de)>; FPS - TöB-Beteiligung LAD (RPS) <[toeb-beteiligunglad@rps.bwl.de](mailto:toeb-beteiligunglad@rps.bwl.de)>; [info@rvbo.de](mailto:info@rvbo.de); [info@naturfreunde-wuerttemberg.de](mailto:info@naturfreunde-wuerttemberg.de); [lbv@lbv-bw.de](mailto:lbv@lbv-bw.de); NABU Baden-Württemberg <[nabu@nabu-bw.de](mailto:nabu@nabu-bw.de)>; [t\\_nl\\_suedwest\\_pti\\_32\\_bauleitplanung@telekom.de](mailto:t_nl_suedwest_pti_32_bauleitplanung@telekom.de); [leitungsauskunft@amprion.net](mailto:leitungsauskunft@amprion.net); Netzplanung Süd <[netzplanung-sued@netze-bw.de](mailto:netzplanung-sued@netze-bw.de)>; [bauleitplanung@transnetbw.de](mailto:bauleitplanung@transnetbw.de); ND, ZentralePlanung, Vodafone <[zentraleplanung.nd@vodafone.com](mailto:zentraleplanung.nd@vodafone.com)>; Zweckverband Breitbandversorgung <[info@oberschwaben.net](mailto:info@oberschwaben.net)>; [stellungnahmen@thuega-netze.de](mailto:stellungnahmen@thuega-netze.de); [bauantrag@tw-netz.de](mailto:bauantrag@tw-netz.de); [gemeindeverwaltung@schlier.de](mailto:gemeindeverwaltung@schlier.de); [stadtplanungsamt@ravensburg.de](mailto:stadtplanungsamt@ravensburg.de); [info@gvv-gullen.de](mailto:info@gvv-gullen.de)

**Cc:** [REDACTED]  
**Betreff:** BP "Neubau Feuerwehrhaus und gemeinsamer Bauhof", Gemeinde Grünkraut – zur frühzeitigen Behördenunterrichtung

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter folgendem Link erhalten Sie die Unterlagen zum Bebauungsplan "Neubau Feuerwehrhaus und gemeinsamer Bauhof" und die örtlichen Bauvorschriften hierzu, Gemeinde Grünkraut – Unterrichtung und Aufforderung zur Äußerung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB).

<https://bsieber.sharepoint.com/:f:/s/Beteiligungsversand/Eiqd8VwoXCFOoD5Ldg8OPeoBZ0xssbAy4OPnpAXOGuUQWg?e=NNx9YY>

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]  
Sieber Consult GmbH | Am Schönbühl 1 | 88131 Lindau  
Stadtplanung | Artenschutz | Immissionsschutz | Landschaftsplanung



## Ihre digitale Tür zu uns!



← klick me

Erfahren Sie mehr über uns, unsere Arbeit und unsere Werte - jetzt auf unserer Website!







**Von:**  
**Gesendet:**  
**An:**  
**Betreff:**

Dienstag, 19. August 2025 10:14

WG: BP "Neubau Feuerwehrhaus und gemeinsamer Bauhof", Gemeinde  
Grünkraut – zur frühzeitigen Behördenunterrichtung THEN:0020403232

**Von:**  
**Gesendet:** Dienstag, 19. August 2025 09:55  
**An:**

**Betreff:** AW: BP "Neubau Feuerwehrhaus und gemeinsamer Bauhof", Gemeinde Grünkraut – zur frühzeitigen  
Behördenunterrichtung THEN:0020403232

Guten Tag

vielen Dank für Ihre Anfrage. Ihre Maßnahme in der Gemeinde Grünkraut liegt außerhalb unseres  
Netzgebietes, weshalb wir Ihnen keine Auskunft erteilen können. Bitte informieren Sie sich bei der  
Gemeinde/Stadt über den zuständigen Netzbetreiber.

Auf unserer Homepage [www.thuega-energienetze.de](http://www.thuega-energienetze.de) können Sie sich nach einmaliger Anmeldung in  
unserer Online Planauskunft die benötigten Pläne auch direkt anfordern.

Bei Fragen sind wir gerne für Sie da.

Freundliche Grüße



Thüga Energienetze GmbH  
Industriestraße 7  
78224 Singen

[www.thuega-energienetze.de](http://www.thuega-energienetze.de)

Geschäftsführer: Christoph Raquet; Eingetragen beim Amtsgericht München HRB 166 526 - St-Nr. 143/317/22058 - St-ID-Nr. DE  
251 704 364

*Diese E-Mail kann vertrauliche Informationen enthalten. Wenn Sie nicht der vorgesehene Empfänger sind oder diese E-Mail  
irrtümlich erhalten haben, informieren Sie bitte sofort den Absender und vernichten Sie diese E-Mail. Das unerlaubte Kopieren  
sowie die unbefugte Weitergabe dieser E-Mail ist nicht gestattet.*

----- Ursprüngliche Nachricht -----

**Von:** [beteiligung@sieberconsult.eu](mailto:beteiligung@sieberconsult.eu);

**Empfangen:** Wed Aug 13 2025 12:11:17 GMT+0200 (Mittleuropäische Sommerzeit)

**An:** [info@gvv-gullen.de](mailto:info@gvv-gullen.de); [stadtplanungsamt@ravensburg.de](mailto:stadtplanungsamt@ravensburg.de); [gemeindeverwaltung@schlier.de](mailto:gemeindeverwaltung@schlier.de);  
[bauantrag@tw-netz.de](mailto:bauantrag@tw-netz.de); [stellungnahmen@thuega-netze.de](mailto:stellungnahmen@thuega-netze.de); [info@oberschwaben.net](mailto:info@oberschwaben.net);  
[zentraleplanung.nd@vodafone.com](mailto:zentraleplanung.nd@vodafone.com); [bauleitplanung@transnetbw.de](mailto:bauleitplanung@transnetbw.de); [netzplanung-sued@netze-bw.de](mailto:netzplanung-sued@netze-bw.de);  
[leitungsauskunft@amprion.net](mailto:leitungsauskunft@amprion.net); [t\\_nl\\_suedwest\\_pti\\_32\\_bauleitplanung@telekom.de](mailto:t_nl_suedwest_pti_32_bauleitplanung@telekom.de); [nabu@nabu-bw.de](mailto:nabu@nabu-bw.de);

[lbv@lbv-bw.de](mailto:lbv@lbv-bw.de); [info@naturfreunde-wuerttemberg.de](mailto:info@naturfreunde-wuerttemberg.de); [info@rvbo.de](mailto:info@rvbo.de); [toeb-beteiligunglad@rps.bwl.de](mailto:toeb-beteiligunglad@rps.bwl.de); [bauleitplanung@rpt.bwl.de](mailto:bauleitplanung@rpt.bwl.de); [abteilung9@rpf.bwl.de](mailto:abteilung9@rpf.bwl.de);

**Cc:** [REDACTED]

**Betreff:** BP "Neubau Feuerwehrhaus und gemeinsamer Bauhof", Gemeinde Grünkraut – zur frühzeitigen Behördenunterrichtung

Sehr geehrte Damen und Herren,

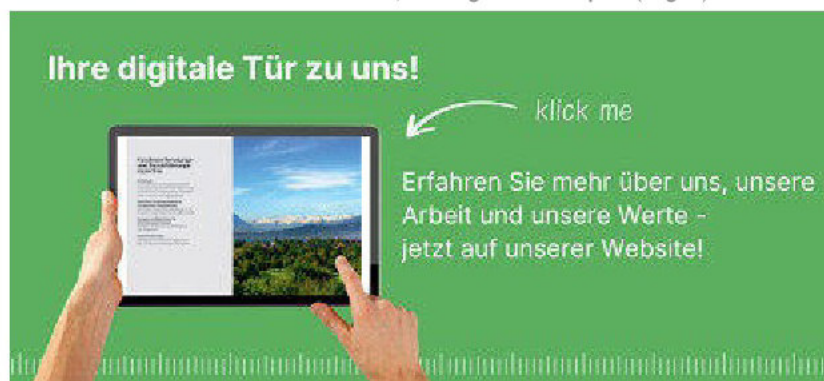
unter folgendem Link erhalten Sie die Unterlagen zum Bebauungsplan "Neubau Feuerwehrhaus und gemeinsamer Bauhof" und die örtlichen Bauvorschriften hierzu, Gemeinde Grünkraut – Unterrichtung und Aufforderung zur Äußerung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB).

<https://bsieber.sharepoint.com/:f:/s/Beteiligungsversand/Eiqd8VwoXCFOoD5Ldg8OPeoBZ0xssbAy4OPnpAXOGuUQWg?e=NNx9YY>

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]  
Sieber Consult GmbH | Am Schönbühl 1 | 88131 Lindau  
Stadtplanung | Artenschutz | Immissionsschutz | Landschaftsplanung

**SIEBER CONSULT** Sieber Consult GmbH; Geschäftsführung: Dipl.-Ing. Markus Daffner  
Gesellschaftssitz: Lindau; Amtsgericht: Kempten (Allgäu) HRB 15447





**Von:**  
**Gesendet:**  
**An:**  
**Cc:**  
**Betreff:**

Montag, 8. September 2025 13:41

Stellungnahme TWS Netz GmbH zu BP "Neubau Feuerwehrhaus und gemeinsamer Bauhof", Gemeinde Grünkraut

Sehr geehrter Herr

vielen Dank für die Beteiligung am o. g. Verfahren.  
Unten stehend erhalten Sie die Stellungnahme aus dem Fachbereich der TWS Netz GmbH:

**betreff Gas- und Wasserversorgungsleitungen:**

Im Geltungsbereich befinden sich Wasserversorgungsleitungen der WV Grünkraut (unter Betriebsführung der TWS-Netz GmbH). Wir gehen davon aus, dass diese in ihrer Lage bleiben können.  
Wenn Sicherungs- oder Änderungsmaßnahmen notwendig sind, ist die die TWS Netz frühzeitig einzubinden.  
Ansonsten ist bzw. kann das Plangebiet mit Wasser erschlossen und versorgt werden.  
Aktuell sehen wir von einer Gasversorgung und Gasnetzerweiterung ab.

Wir bitten Sie uns an dem Verfahren weiterhin zu beteiligen.

Für Fachfragen bzgl. Planungen wenden Sie sich bitte an unseren Teamleiter Planung Gas- und Wasserrohrnetz:

Bitte rufen Sie mich an oder schreiben Sie mir, wenn Sie Fragen haben.

Viele Grüße

**TWS Netz GmbH**  
Schussenstraße 22 . 88212 Ravensburg

**WIR LIEBEN Vielfalt!**

#Zusammenland – Vielfalt macht uns stark!



Geschäftsführung: Helmut Hertle . Dr. Andreas Thiel-Böhm  
Aufsichtsratsvorsitzender: Dirk Bastin. Bürgermeister der Stadt Ravensburg  
Sitz der Gesellschaft: Ravensburg . Registergericht: Amtsgericht Ulm  
Registernummer: HRB 720728.  
USt.-Ident.Nr. gemäß § 27 a Umsatzsteuergesetz: DE 814 803 855